

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Bestellung durch die Anträger monatlich 10.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 250 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg., Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 9.

Mittwoch, den 11. Januar 1922.

29. Jahrgang.

## Der Erfolg von Cannes.

Dr. L. Lübeck, 11. Januar.

Ueber die Grundlagen des neuen Abkommens für die Wiedergutmachung wird aus Paris berichtet: Deutschland zahlt für das Jahr 1922 an Stelle von drei Goldmilliarden 720 Millionen in Gold und 1450 Millionen in Sachleistungen.

Noch ist die Konferenz von Cannes nicht abgeschlossen; noch liegen die endgültigen Beschlüsse nicht vor. Und doch kann man mit voller Berechtigung von einem deutschen Erfolg sprechen. Mit Befriedigung wird jeder Urteilslose die Tatsache feststellen, daß Schritt für Schritt Vernunft und Wirklichkeit sich durchsetzen. Und mehr wollen und können wir nicht verlangen.

Wer allerdings seit Jahren jeden Tag die geistige Kost deutschmonarchistischer Hezenküchen zu sich genommen, wer seit Jahr und Tag diese Kost mit dem Schwefelgestank nationalistischer Phrasen durchknetet und wiederkaut, der kann nie und nimmer Verständnis aufbringen für die Früchte der ehrlichen Erfüllungspolitik, für die Erfolge republikanischer Staatsmänner.

Wer aber mit ehrlichem Wirklichkeitsinn die Vorgänge in Cannes prüft, der stellt folgendes fest: Das Ultimatum von London hatte dem deutschen Volke eine Jahreslast von zunächst drei Goldmilliarden aufgebürdet. Für den Fall der deutschen Nichtanerkennung drohte die Ruhrbesetzung, zu einer Zeit auch noch, als in Oberschlesien der polnische Aufstand wütete. Wir wußten, daß das glatte Unvernunft war, wir wußten aber auch, daß nach kurzer Zeit die ganze Welt diese Unvernunft am eigenen Leibe spüren mußte. Und weil wir das wußten, und weil wir von dem schließlichen Triumph der Vernunft überzeugt waren, haben wir das Londoner Diktat angenommen.

Nach acht Monaten schon hat sich unsere Voraussetzung erfüllt. Lloyd George sprach in seiner Rede offen aus, daß die Arbeitslosigkeit infolge des wirtschaftlichen Niedrdrucks das englische Volk mehr koste, als alle Pensionen und andere Kriegsnachwehen zusammengenommen. Und er sprach, wenn auch etwas verblümt, von der unbedingten Notwendigkeit, diesem wirtschaftlichen Niedrdrud dadurch ein Ende zu machen, daß Mittel- und Osteuropa wieder als atmekräftige Wirtschaftsglieder in den Gesamtverband der austauschenden Nationen aufgenommen würden.

Lloyd George hat also die deutsche Auffassung zu seiner eigenen gemacht, und Briand sah eines seiner Ziele nach dem andern in den blauen Fluten des Mittelmeeres versinken. Und keine Möglichkeit winkte ihm, die Engländer mit den gewöhnlichen Mitteln seiner redgewandten Schlaubei umzustimmen, gegen Deutschland einzunehmen. Denn — Lloyd Georges Stellungnahme war ja nicht von Rücksicht auf Deutschland diktiert, sondern einzig und allein von der mehr und mehr niedergehenden englischen Konjunktur. Und wo das Geschäft anfängt, wo der Profit anfängt zu zittern, da versteht England keinen Spaß mehr. Sein Rattun ist ihm Jesus Christus.

Deshalb wurde in Cannes rückwärts gebissen. Lloyd George stimmte an, und die andern machten sehr bald mit. Aus den zu zahlenden drei Goldmilliarden machte man 700 Millionen. Und man beschloß, sich mit den Deutschen zu Verhandlungen an einen Tisch zu setzen — heute nachmittags ist die erste Sitzung — um über die beste Zahlungsart dieser Summe zu verhandeln, und um Lieferungsmodalitäten an Wiederaufbaumaterialien zu beraten. Aber auch dieses Ergebnis wird nur eine Etappe sein; nach weiteren wenigen Monaten wird die neue und weitere Erkenntnis dämmern, daß Cannes noch nicht rücksichtslos genug mit dem Wahnsinn von Versailles gebrochen hat, daß der Ungeist der Kriegsstimmung immer noch seinen Wahn treibt.

Eine Wirtschaftskonferenz in Genua soll die Arbeit von Cannes fortsetzen. Und es ist zu hoffen, daß die Männer mit wirtschaftlicher Einsicht vieles von dem wiedergutmachen, was Staatsmänner und Generale in den letzten Jahren verdorben haben.

### Die weiteren Verhandlungen.

Paris, 10. Januar.

Der Oberste Rat beschäftigte sich gestern nachmittags mit dem von Lloyd George vorbereiteten Entwurf für einen neuen Viermächtevertrag, durch den England, Belgien, Frankreich und Italien sich verpflichten, einander gegen einen herausgeforderten Angriff zu unterstützen. Der Plan für ein Sonderabkommen zwischen Frankreich und England sei von Bonomi vorgelegt worden. Dieses Abkommen sei nicht als endgültige Regelung gedacht, sondern als ein Magnet, der später auch die andern Mächte in Europa anziehen würde. So dürfte eine Brücke zu den Vereinigten Staaten von Europa geschlagen werden.

London, 10. Januar.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet aus Cannes, es werde möglicherweise einige Zeit dauern, bevor

der Garantievertrag endgültig zustande komme, denn Lloyd George habe Briand auseinandergesetzt, daß er nicht nur die Ansicht der englischen öffentlichen Meinung und des britischen Parlaments in Betracht ziehen müsse, sondern auch die der Dominions, daß der Vertrag so geschlossen sein müsse, daß sowohl England als auch die Dominions davon überzeugt sind, es handle sich um eine Friedens- und nicht um eine kriegerische Nebenrente. Die Bedingungen des Vertrages könnten kaum über die Bedingungen des letzteren in Paris vorgezeichneten englisch-französisch-amerikanischen Vertrages hinausgehen. Großbritannien könne deswegen die geplante Friedensstärke nicht vermehren und die Ausdehnung der Garantie auf Polen würde im britischen Reich keine Unterstützung finden. Dies sei für manche Teile der französischen öffentlichen Meinung ein wunder Punkt, denn es bedeute nach der Ansicht der Franzosen, daß, wenn Deutschland Polen angreife und von Frankreich kraft des Abkommens, das Willibald unterzeichnete, Unterstützung verlange, der englisch-französisch-amerikanische Vertrag nicht in Wirksamkeit treten würde.

### Ein englisch-französischer Zwischenfall.

Cannes, 10. Januar.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet aus Cannes: Die Sitzung der Finanzminister war äußerst lebhaft. Die lange Debatte sei wegen des britischen Vorschlags entstanden, die Reparationskommission von Paris nach Berlin zu verlegen, um einen Garantieauschuss zu schaffen. Die Franzosen wollten den letzteren in Berlin haben und die Reparationskommission in Paris behalten. Die Engländer schlugen vor, der Berliner Vorsitzende solle einer andern als der französischen Nation angehören, worauf Doumer eine ziemlich unglückliche Rede hielt, in der er durchsichtigen ließ, ein britischer Vorsitzender dürfe es an der nötigen Festigkeit fehlen lassen und Deutschland gegenüber eine unangebrachte Milde zeigen. Da die britischen Delegierten über die Erklärung verstimmte waren, hätten Doumer und sein Dolmetscher versucht, diese taktlose Reue als nicht gemacht zu erklären. Die Atmosphäre scheint aber mit Elektrizität geladen zu sein.

Genas meldet: Briand hatte heute vormittags mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Louis Dubois eine lange Unterredung.

Der amerikanische Botschafter in London, Harvey, der noch an den Folgen des Automobilunfalls leidet, wird voraussichtlich morgen abend wieder einer Sitzung beiwohnen.

### Zur Erfassung der Sachwerte.

Die Durchführung des Steuer- und Reparationsproblems scheint immer mehr auf ein klüßes Geleise zu geraten. Die Einziehung der Vermögenssteuern und des Reichsnotopfers läßt nach wie vor auf sich warten. Von der Kreditaktion der Industrie und der Heranziehung der Landwirtschaft hört man seit dem Beschluß des vorläufigen Reichs-Wirtschaftsrates auch wenig mehr, und die Erfassung der Sachwerte, die den Ausgangspunkt für die gesamte Finanzreform bilden sollte, scheint gänzlich begraben werden zu sollen. Nur die Einziehung der Lohn- und Gehaltsabzüge geht prompt voran, jedoch schließlich die Arbeitnehmer allein die Lasten tragen, die das Reich erfordert. Die Gewerkschaften sind aber nicht willens, sich mit diesem Zustande der Lastenverteilung abzufinden, und sie haben deshalb in Gemeinschaft mit den Vorständen der beiden sozialdemokratischen Parteien beschlossen, in der Steuer- und Reparationsfrage mit stärkerem Nachdruck vorzugehen. Sie haben ferner zur besonderen Bearbeitung der Fragen der Erfassung der Sachwerte eine gemeinsame Kommission eingesetzt, der folgende Genossen angehören:

- A. D. G. B.: Wisell, Larnow, Albrecht,
- Ma-Bund: Aufhäuser, Urban,
- S. P. D.: Renzstein, Rahmann,
- U. S. P.: Dr. Hilferding, Dr. Herz.

Die Kommission wird ihre Arbeit unmittelbar nach dem Parteitag der U. S. P. aufnehmen.

### Die Grenzen der Koalitionspolitik.

Berlin, 11. Januar.

Im „Vorwärts“ schreibt Stamper: Können die Unabhängigen zu uns, um darüber zu wachen, daß die Grenzen einer sachlich berechtigten Koalitionspolitik nicht überschritten werden, so wäre das ein willkommenes Zuwachs. Daß sie es vorziehen, die Rolle des Wächters von außen her zu spielen, ist aber nur ein Übergangsstadium, das überwunden werden muß.

### Griffith Präsident des irischen Freistaates.

London, 11. Januar.

Griffith wurde zum Präsidenten des Dail Eireann gewählt. De Valera verließ die Kammer, gefolgt von seiner Partei. Die Wahl fiel daher einstimmig auf Griffith. Dann wurde das Kabinett ernannt, in dem Collins Finanzminister wurde. Bei der Eröffnung der Sitzung wurde eine Botschaft des Papstes verlesen, in der er seine Freude über die Einigung zwischen Irland und England ausdrückte.

## Die Reise nach Cannes.

Goethe hat in seinem Wilhelm Meister den Proletarier mit einem Lastträger verglichen. Der berühmte deutsche Geschichtsschreiber Gregorovius sprach in einem interessanten Büchlein über Wilhelm Meister im Anschluß an den Vergleich Goethes davon, daß der Proletarier der Lastträger sei, der die Kultur durch den Sturm der Revolution vom neuen Ufer trage. Dem deutschen Proletarier geht es wie dem bekannten Lastträger der christlichen Legende, Christophorus. Dieser trug ein Kind durch die Fluten. Der Weg und das Rindes wurde immer schwerer, so schwer als trüge Christophorus die Welt auf seinen Schultern. Der deutsche Proletarier trägt das Kind der deutschen Republik, aber die Last dieses Kindes ist schwer, so schwer, als trüge der deutsche Proletarier den Fluch der Welt.

Er trägt ihn. Er trägt die Last des Krieges. Von allen Seiten stürzten die Sieger im Versailler Frieden herbei, um ihre Sünden und Schulden auf die Schultern Deutschlands zu legen. Dieser Proletarier Deutschland ist nun ein-geladen worden, vor dem Obersten Rat in Cannes zu erscheinen. Die Blätter melden, daß die deutschen Delegierten am Mittwoch in Cannes eintreffen werden. Haltung und Miene dieser Delegation? Sicher gut bürgerlich. Gleichwohl ist anzunehmen, daß vor allem Rathenau in den Verhandlungen fühlt, wer hinter ihm steht und daß auch Lloyd George und die andern hinter den gut bürgerlichen Formen der deutschen Delegierten den Mann der Arbeit, den Lastträger, den Proletarier sehen.

Was hat die deutsche Delegation in Cannes zu tun? Soll sie „Dankeschön!“ sagen? Wurde nicht die Last erleichtert? Nein und Ja. Nein — weil trotz der Ermäßigungen der Zahlungen für 1922 auf vielleicht 700 oder 800 Millionen Goldmark die Last überhaupt keineswegs kleiner geworden ist. Ja — weil zwar nicht die von Deutschland gewünschte Atempause, aber doch eine Frist, ein Augenblick des Aufschauens eintritt. Bisher mußte der deutsche Lastträger kuscheln und stöhnend ohne Unterlaß die Last schleppen und tragen, es war ein Drängen und Hasten und der deutsche Lastträger hatte nicht Zeit, die Last zur Abwechslung und zur Erleichterung einmal von der linken auf die rechte Schulter zu nehmen. Vielleicht gibt die Frist dazu Gelegenheit. Gelegenheit bloß? Der Witz und der Sinn der Frist kann nur darin bestehen, daß die Last, die bisher einseitig auf der linken Schulter lag und das Herz des deutschen Volkes erdrückte, auf beide Schultern verteilt wird. Und der Witz und der Sinn der Aufgabe der deutschen Delegation in Cannes besteht darin, daß sie für diese gerechte Lastenverteilung und für die ungeheuren Schwierigkeiten, die in dieser gerechten Lastenverteilung liegen, dem Obersten Rat einen Begriff beibringen.

Die deutsche Delegation soll Aufklärung darüber geben, welche Maßnahmen die deutsche Regierung zur Besserung der deutschen Finanzen treffen kann und treffen wird. Die Frage der Entente ist leicht, die Antwort der deutschen Delegation ungeheuer schwer. Es handelt sich nicht bloß um ein Finanzproblem, sondern um ein Wirtschafts- und um ein soziales Problem. Die deutschen Finanzen sollen in Ordnung gebracht werden! Damit sagt die Entente Deutschland nichts Neues. Die Spaten in Deutschland pfeifen es von den Dächern, daß Ordnung in den Staatshaushalt kommen muß. Alle Welt ist sich auch in Deutschland darüber klar, daß die Defizite verschwinden müssen und daß die Zukunftswirtschaft nicht bis in alle Ewigkeit andauern kann. Aber man hat auch in Deutschland das Gefühl, daß die deutsche Republik in der Zeit zwischen Cannes und Genua so etwas wie einen „Ritt über den Bodensee“, einen Marsch über das Eis riskieren muß. Steuerkompromiß, Eisenbahnfrage, Umbau der staatlichen Lebensmittelmittelgeschäfte — alles Fragen, bei denen es auf Leben und Tod geht.

Am 10. Januar soll eine gemeinsame Sitzung des 11. und 35. Steuerausschusses zur Besprechung über die erste Lesung der Steuerentwürfe einberufen werden. Eine Sitzung von großer Bedeutung! Wird ein bürgerlicher Steuerblock wie er schon des öfteren zum Vorschein kam, zur faktischen Ausschaltung der Sozialdemokratie führen? Mit dem Gerede der Sinnes-Blätter über die „Steuerdemagogie“ der Sozialdemokraten, das die Demokraten und Zentrumsleute gegen die Sozialdemokraten steifen soll, wird nichts guagemacht. Auch die Witze über die „Steuermystik“, mit der die Sozialdemokratie in der Frage der Erfassung der Sachwerte die Massen packt, sind sehr unzeitgemäß. Die Gewerkschaften haben nicht zum Spaß nochmals gewarnt. Und es hilft nichts, wenn „gutunterrichtete Seiten“ der „Täglichen Rundschau“ schreiben, die Vermögenssteuer mite „dem Seitz derartige Fehler zu, daß darin in der Tat das größte Opfer des Besitzes zu erblicken ist.“ Wenn der Opfergeist der bürgerlichen Parteien am 10. Januar nicht stärker ist, als er bis jetzt war, dann wird die Stellung der deutschen Delegation in Cannes keine Stärkung erfahren. Die bürgerlichen Parteien haben es am 10. Januar in der Hand, durch eine große



Gehe die Arbeit der deutschen Delegation in Cannes zu erledigen.

Mit der Steuerfrage ist das Finanzproblem nicht gelöst. Finanzen und Wirtschaft hängen wie Leib und Seele zusammen. Reform der Wirtschaft, zunächst der des Staates: die Eisenbahnfrage. Auch hier will jeder Ordnung, Erfolg, Rentabilität. Aber jeder will noch etwas mehr. Jeder zielt weiter. Deflationierung oder Sinnestäkung. Der Finanzgesetzentwurf der Reichseisenbahnen hat die Geister wachgerufen. Sie werden so schnell nicht zur Ruhe kommen. Sinnstärkste Wirtschaft oder Wirtschaft, erfüllt vom Geiste Rathenaus? Was lockt die Entente mehr? Die Blätter der Deutschen Volkspartei sind ja recht verärgert, daß bis jetzt Rathenau und nicht Stinnes das Rennen machte. Ist daran etwa nur größere diplomatische Gewandtheit schuld? Räum! Bei einem Kampfe der Argumente zwischen Stinnes und Rathenau handelt es sich um mehr als um Finessen. Rathenau und Stinnes sind Programme. Das Programm Rathenaus ist jedenfalls für die Massen erträglicher als das des Herrn Stinnes. Die Wirtschaftspotenz allein macht's nicht. Der Geist, der hinter der Wirtschaftspotenz steht, entscheidet. Er allein entscheidet für die Massen.

Und deshalb steht zu erwarten, daß die deutsche Delegation in Cannes ein pas eudes und überzeugendes Wort finden wird, wenn die Rede auf den Abbau der staatlichen Lebensmittelausschüsse und überhaupt auf die Frage des Verhältnisses zwischen Finanzreform und Sozialpolitik kommt. Sparjamkeit auf Kosten der Gesundheit ist Verschwendung, auch in der Volkswirtschaft. Vielleicht wird die deutsche Delegation die Herren der Entente darauf hinweisen, daß es viel zweckmäßiger ist und daß es vielmehr einbringt, wenn man dem ins Ausland verschobenen deutschen Sachwert zu Leibe rückt, statt den Armen den Bissen Brot vom Munde zu nehmen. Wenn der Entente so viel daran liegt, daß Geld in den deutschen Staatskäse fließt, dann hat sie hier eine wunderbare Gelegenheit, etwas für die Ordnung der deutschen Finanzen zu tun. Wir bezweifeln sehr, ob sich die Entente für diese Art von Mithilfe bei der Ordnung der deutschen Finanzen begeistert. Gleichwohl wird man sie zur Mitarbeit einladen dürfen. Ist ihr das unangenehm — nun, die Reise nach Cannes ist ja keine „empfindsame Reise“.

## Der Parteitag der USPD.

USPD. Leipzig, 10. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Die einwöchige Verspätung wurde die Diensttagung des unabhängigen Parteitag eröffnet. Als Erster kam Dittmann zu Worte, der mit Begeisterung feststellte, daß das Manifest den Gedanken der Einigung des Proletariats in den Vordergrund stellte. Zur Frage des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Partei betonte Dittmann, daß den Gewerkschaften neben ihrer Zahl auch eine erhöhte Bedeutung durch beizumessen sei, daß sie alle Parteien umfassen, die politisch noch in Parteien zerfallen seien. Die Westauer hatten ganz richtig erkannt, daß sie, um wirkliche Erfolge zu haben, vor allem an die Gewerkschaften herantreten mußten. Sie haben aber bei den Gewerkschaften auf Granit gestoßen und statt eines Erfolges einen Mißerfolg erzielt. Die Unabhängigen unterstützen die Gewerkschaften nicht einer Partei, auch könne für die USPD keine Unterstützungslitit getrieben werden. Dittmann bezeichnet dann die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder als Ausführungsorgane der Koalitions-politik und tritt für die zehn Forderungen des USPD ein. — Es folgt dann der Bericht der Mandatsprüfungskommission, aus dem hervorgeht, daß auf dem Parteitag 181 Delegierte, 13 Mitglieder der Reichstagsfraktion und 26 Mitglieder der Parteinstanzen anwesend sind.

Zu einem interessanten Zwischenfall in der Aussprache kommt es, als der bayerische Abgeordnete Nikisch auf die Zustände in Bayern und auf die Beziehungen zwischen der bayerischen und der französischen Reaktion eingeht. Das Bündnis zwischen der deutschen Reaktion und den bayerischen Separatisten habe zwei Facetten zusammengestellt: die eine sei gegen die Arbeiter gerichtet, die andere wende gegen das Reich in Anwendung gebracht. Der bayerische Separatismus versuche, wieder besondere bayerische Sonderrechte zu erreichen. Ebenso liege es mit der Finanzhoheit und der Wehrverfassungspolitik. Auch sei es sein Bestreben, „Königliche Hoheit“ wieder in Amt und Ehren zu setzen. Durch den Abgang Kahr's und das Kommen Lerchenfelds sei das System noch nicht geändert. Heute helfen die bayerischen Separatisten, daß mit Unterstützung Frankreichs Bayern zu der Bedeutung gelangt, die seiner Größe entspreche, daß es das Jünglein an der Wage werde. Es wird verurteilt, zwischen Deutschland und Frankreich neues Mißtrauen zu säen, damit Bayern der ausschlaggebende Faktor wird. Im Namen der gesamten bayerischen Arbeiterpartei, so schloß Nikisch, rufen wir den französischen Genossen zu: Helft uns, daß die Fäden, die zwischen Deutschland und Frankreich laufen, von Paris nach Berlin, nicht aber nach München gehen.

Dem bayerischen Redner antwortete der französische Sozialist Grumbach, der die Hilfe der französischen Arbeiterpartei in Aussicht stellte. Die bayerische Angelegenheit ist nach seiner Auffassung eine Frage von europäischer Bedeutung.

An der weiteren Aussprache beteiligte sich eine große Anzahl von Rednern. Hervorzuheben sind die Vorträge von Zubeils, der sich darüber beschwerte, daß sich ein Redner mit der Frage befaßt habe, welche Wege zur Herbeiführung einer Einigung einzuschlagen seien. Die erste Stufe solle eine Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien in großen wirtschaftspolitischen Fragen sein. Erst, wenn alle politischen und wirtschaftlichen Fragen auf die Spitze getrieben seien, würden die Massen von selbst, auch ohne ihre Führer, zur Einigung streben. Der Hamburger Hansen führte aus, daß, wenn die Kommunisten als zur Einigung unfähig bezeichnet würden, dasselbe auch von der sozialdemokratischen Partei gelte, die eine Einigung unter Preisgabe der Parteigrundzüge verlange.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Herz beschwerte sich über die Behandlung der Steuerfrage in den Reichstagsausschüssen. Die jetzige Steuervorlage könne die Bilanzierung des Staatshaushalts und die Eindämmung der Tätigkeit der Notenpresse nicht erreichen.

Nach den Ausführungen weiterer Redner trat Berichtigung der Weiterberatung auf Mittwoch vormittag ein.

Der USPD-Parteitag hat folgende Protestkundgebung beschlossen:

Dies erfüllt durch die Nachricht von dem im Moskauer Dutzend-Gefängnis ausgebrochenen Hungerstreik künstlicher dort eingekerkerten Sozialisten und Anarchisten, erhebt der Parteitag klammernden Protest gegen die unmenschenliche Behandlung der Hungerstreiker und gegen ihre Verhöhnung nach Turkestan und anderen entlegenen Gegenden Russlands.

Der Parteitag weist ferner, daß diese unmenschenliche Behandlung Sozialisten gegenüber ausgeübt wird, denen selbst die bolschewistische Regierung kein anderes Verbrechen zur Last legen kann, als daß sie Gegner der kommunistischen Partei sind, und die ohne gerichtliches Urteil auf Anordnung der geheimen politischen Polizei in den Kerker gesteckt und zum Teil bereits seit drei Jahren im Gefängnis festgehalten werden.

Indem der Parteitag die Sprechensherrlichkeit als unvereinbar mit den Grundfragen des Sozialismus verwirft und verurteilt, weist er noch darauf hin, daß die terroristische Taktik der bolschewistischen Regierung gegenüber allen andersdenkenden Proletariats und Sozialisten in anderen Ländern den Kampf des Proletariats gegen die Klassenjustiz des erstarkenden Kapitals erschwert.

Der Parteitag drückt allen eingekerkerten Genossen sein wärmstes Mitgefühl aus und beauftragt die Parteileitung, sich ungeachtet an die Sowjetregierung zu wenden und alle sonst geeigneten Mittel zu ergreifen, um die sofortige Befreiung aller in Rußland und in dem von bolschewistischen Truppen besetzten Georgien, eingekerkerten Sozialisten zu erwirken.

## Ein Postist in Paris.

Hellmuth v. Gerlach, der sich einige Tage in Paris aufgehalten hat, spricht im „Populaire“ von seinen Eindrücken. Es betrübte ihn, zu sehen, wie sehr die französische Presse im allgemeinen in tendenziösem Sinne redigiert ist. Er will nicht behaupten, daß das schlechte Wille sei, sondern sagen, daß dies in den meisten Fällen auf ungenügende Informationen zurückzuführen wäre. Er wundere sich, wenn er die Blätter lese, die die französischen Blätter aus der deutschen Presse auswählten. Sie suchten die Artikel heraus, die am meisten den Gefühlen widersprächen, die zwischen den Völkern herrschen sollten. Auszüge aus keinen chauvinistischen Blättern wurden wiedergegeben, die keineswegs die Meinung der Mehrheit des deutschen Volkes darstellen.

Auch die deutsche Presse sei ungenügend über das unterrichtet, was sich in Frankreich abspiele (?). Den deutschen Lesern werde die Entwicklung nicht mitgeteilt, die sich in den Ansichten der Franzosen, und zwar auch der Parlamentarier vollziehe. Schließlich drückte Gerlach noch sein Erstaunen darüber aus, daß die Vertreter der deutschen Presse nicht zur französischen Parlamentariertribüne zugelassen sind, während die Vertreter der französischen Presse im Reichstag frei umhergehen könnten.

## Widerspruchsvolle Haltung des Reichsverkehrsministeriums.

Berlin, 11. Januar.

Der Reichsverkehrsminister beruft für den 17. Januar eine Besprechung der Eisenbahndirektionspräsidenten ein. Auf der Tagesordnung stehen: Erfahrungen anlässlich des letzten Eisenbahnerstreikes und Verringerung des Personalbestandes. Zum ersten Punkte sollen die Direktionspräsidenten sich eine genaue Uebersicht über die Zahl der am Streik beteiligten Eisenbahner verschaffen. Die Erhebungen finden z. Zt. statt. Auf Einzelheiten dieses Verfahrens werden wir evtl. später zurückkommen. Soweit es sich um die Verringerung des Personalbestandes handelt, dürfte es von Interesse sein, daß der Stellennachweis der Zeitchrift „Polizei-Schulmeister“, Nr. 6 vom 16. Dezember 1921 (Organ der Sipo) 358 Beamte sucht. Das Minister hat folgenden Wortlaut:

Eisenbahndienst Eisenbahndirektion Breslau: 103 Bahnanfänger und Dienstanfänger im Zug, Begleit- und Ladedienst, nicht farbenblind, Volksschulkenntnisse, 6 Monate Probe, Anstellung auf einmonatige Kündigungsfrist, Gehalt 3600 Mark, Beförderung zum Oberbahnschaffner, Lademeister und Zugführer, Gehalt nach den Vorschriften des Besoldungsgeleges vom 30. April 1921; 35 Dienstanfänger für den Bahnwärter- und Weichenstellerdienst, nicht über 40 Jahre, nicht farbenblind, Volksschulkenntnisse, 6 Monate Probe, Anstellung auf einmonatige Kündigungsfrist, Gehalt 3440 Mark, sowie Orts- und Teuerungszulagen; Gehalt der Bahnwärter 4300—6400 Mark, Weichenwärter 4600—6900 Mark, Eisenbahnschaffner 5400 bis 6100 Mark vor Prüfung.

Eisenbahndirektion Essen: 55 Bahnwärter, nicht über 40 Jahre, nicht farbenblind, Volksschulkenntnisse, 6 Monate Probe, Anstellung auf einmonatige Kündigungsfrist, Gehalt 3440 Mark, sowie Orts- und Teuerungszulagen; Gehalt der Bahnwärter 4300—6500 Mark, 75 Weichenwärter, nicht über 40 Jahre, nicht farbenblind, Volksschulkenntnisse, 6 Monate Probe, Anstellung auf einmonatige Kündigungsfrist, Gehalt 3680 Mark, sowie Orts- und Teuerungszulagen; Gehalt der Weichenwärter 4600—6900 Mark; 99 Eisenbahnschaffner, nicht über 40 Jahre alt, nicht farbenblind, Volksschulkenntnisse, 6 Monate Probe, Anstellung auf einmonatige Kündigungsfrist, Gehalt 3680 Mark, sowie Orts- und Teuerungszulagen; Gehalt der Schaffner 4600—6900 Mark.

Es dürfte immerhin von Interesse sein, zu erfahren, wie das Reichsverkehrsministerium den Widerspruch zu lösen gedenkt: auf der einen Seite Personalverminderung, auf der anderen Seite Personalvermehrung. Sollen etwa durch Verminderung des Personals Erbsparnisse gemacht werden, um eine Polizeiaufsicht einzurichten?

## Rein Karneval.

Die preussische Staatsregierung weist sämtliche Karnevalsveranstaltungen darauf hin, überall die Veranstaltung öffentlicher Aufführungen, Tanzveranstaltungen in geschlossenen Räumen, sowie Karnevalsfeierlichkeiten und sonstige karnevalistische Veranstaltungen unter freiem Himmel, Veranstaltung karnevalistischer Aufführungen, Tanzveranstaltungen in geschlossenen Räumen, sowie endlich auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in öffentlichen Versammlungen oder Veranstaltungen, das Tragen karnevalistischer Verkleidungen und Abzeichen, das Singen, Spiel und Vorlesen karnevalistischer Lieder, Gedichte und Vorträge, das Tragen von Luftschlangen, Konfetti usw. zu verbieten. Gleichzeitig hat die preussische Staatsregierung auch die übrigen Landesregierungen, für ihre Gebiete entsprechende Regelungen zu treffen. Von dem Verbot sollen zunächst nur Veranstaltungen getroffen werden, die zweifelsfrei öffentliche sind.

## Die neuen Steuern.

Berlin, 11. Januar. (Eig. Drahtber.)

Die Steuerauschnitte des Reichstages traten am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, um zunächst einmal die Stellung des Reichsfinanzministers zu den in erster Lesung bereits verabschiedeten Steuervorlagen zu erfahren. Reichsfinanzminister Dr. Hermes hielt eine lange Rede, an der nichts Neues zu entdecken war. Er stellte fest, daß die Beratungen in den Ausschüssen einsehendere Änderungen an den Vorlagen mit sich gebracht hätten, daß insbesondere die Umfasseneren entgegen dem Regierungsantrage weitgehend reduziert wurden. Die Kohlensteuer müsse auf 40 Prozent erhöht werden, desgleichen sei die Umsatzsteuer von 2 Prozent kaum zu halten. Eine Nachprüfung und eine Änderung im Sinne der Regierungsvorlage empfahl Hermes dringend. Auch müsse ein Weg gefunden werden, aus den in der Behandlung der Kurzschnitten liegenden Gedanken zu verwirklichen. Der Reichsfinanzminister brachte hierfür ein Rahmengesetz im Vorstadium, das den Gemeinden die Erhebung neuer Steuern ermöglicht.

In bezug auf die Besitzsteuern ist Dr. Hermes der Auffassung, daß es gelingen wird, die bestehenden Differenzen zu beseitigen. Die Hauptfrage sei dann, die beschlossenen Steuern durchzuführen, keineswegs aber neue Steuern zu machen, da die Finanzämter hierdurch in große Verlegenheit gebracht würden. Der durch die Ausschussfassung bei den Verbrauchssteuern hervorgerufene Ausfall an Einnahmen wird von der Regierung auf 12 Milliarden Mark geschätzt, bei den Vermögenssteuern konnte der Ausfall noch nicht angegeben werden. Zum Schluß verteidigte Dr. Hermes noch die Änderung des Einkommensteuergesetzes, gegenüber den im Auslande erhobenen Vorwürfen, als gehe man in Deutschland daran, die Steuern abzubauen. Die Geldentwertung habe zu der Milderung des Gesetzes gezwungen, dennoch aber sei anzunehmen, daß der Beitrag von 23 Milliarden aufgebracht wird. Für die Besteuerung der Sachwerte fand der Finanzminister nicht ein einziges Wort.

In der anschließenden Geschäftsordnungsdebatte beantragte der Zentrumsgesandte Spa hn, mit Rücksicht auf die Verhandlungen in Cannes, Vertagung. Nach Beendigung der Beratungen des Obersten Rates soll der Reichszentralrat vor den vereinigten Steuerauschnitten Bericht erstatten. Der Ausgang der Verhandlungen in Cannes sei von einschneidender Wichtigkeit für die künftigen Beratungen des Steuerauschnittes. Widerspruch gegen eine Vertagung erheben lediglich die Abg. Koenen und Helfferich, der weiterhin noch bemängelt, daß weder der Reichszentralrat noch der Reichsfinanzminister nähere Mitteilungen über die Stellung der Reichsregierung zu den Besprechungen in Cannes gemacht haben. Genosse Bernstein hält auf Grund der Sachlage eine Aussprache für nicht am Platze, empfiehlt aber, daß die Steuerauschnitte weiter tagen, um wenigstens die Vorlagen in zweiter Lesung zu beraten. Eine endgültige Stellungnahme zu den Steuerfragen könne erst erfolgen, wenn man klar sehe und den Willen der Regierung erkenne, den Besitz zu Opfern heranzuziehen. Namens der Unabhängigen spricht Dr. Breitscheid, der ebenfalls die Besteuerung der Sachwerte fordert und sich dagegen verwahrt, daß weitere Gesetze gemacht werden, ehe man sich über die Hauptfragen einig geworden ist. Gegen die Stimmen der Deutschen und Kommunisten wird dann die Vertagung beschlossen. Die nächste gemeinsame Sitzung ist zu Beginn der nächsten Woche vorgelesen.

## Die Eisenbahnerbewegung im Westen.

Neue Verwicklungen in Sicht.

Röln, 10. Januar. (Drahtbericht.)

Die Sozialdemokratische Partei Köln hat gestern an die Reichsregierung folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Differenz über die Auffassung der Abmachungen zwischen Reichsregierung und Eisenbahnerorganisation betrifft die Befähigungszulagen droht zu neuer Verwicklungen zu führen. Wenn das eintritt, steht das Rheinland vor außerordentlichen politischen Konsequenzen. Wir bitten dringend um beschleunigte Erledigung.“

Gleichzeitig wurde an den sozialdemokratischen Parteivorstand in Berlin das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Wenn es nicht gelingt, über die verschiedenen Auffassungen wegen der zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahnerorganisationen getroffenen Abmachungen über die Befähigungszulagen umgehend zu einer Einigung zu kommen, drohen außerordentliche politische Konsequenzen für das Rheinland. Wir bitten dringend, auf die Reichsregierung in diesem Sinne einzuwirken.“

## Verfrühter Jubel.

Von der Redaktion der „Gleichheit“ wird uns geschrieben:

Die zweite Reichsfrauentagung der USPD, welche am 7. und 8. ds. Mts. in Leipzig stattfand, beschäftigte sich nach einem Bericht der „Freiheit“ bei der Aussprache über das Referat von Luise Fieb über „Agitation und Presse“ auch mit dem Abonnementstand der „Gleichheit“. Frau Mathilde Wurm führte dazu nach dem Bericht der „Freiheit“ aus:

„Die Rechtssozialisten haben bei 200 000 weiblichen Mitgliedern nur 11 000 Abonnenten auf die „Gleichheit“. Dies erfordert einen Zuschuß von 100 000 Mark.“

Auf Grund dieser Ausführungen sagt die „Freiheit“: „Es mag sein, daß unsere Frauenbewegung zahlenmäßig hinter der rechtssozialistischen Partei zurücksteht; was aber ihre Bedeutung und ihren geistigen Gehalt kennzeichnet, das ist die Tatsache, daß die Auflage der „Kämpferin“, unseres Frauenorgans, fast viermal so hoch ist, als die der „Gleichheit“, des rechtssozialistischen Frauenblattes.“

Diese Angaben sind unrichtig. Unsere „Gleichheit“ hat 1920 eine schwere Krise durchgemacht. Es war damals vom Parteivorstand beschlossen worden, unsere Frauenzeitschrift, die bis dahin vierzehntägig erschien, wöchentlich erscheinen zu lassen und ihr außerdem eine Nebenbeilage („Die Frau und ihr Haus“) vierzehntägig beizugeben. Diese Neuerungen bedingten, daß der Preis damals in einem ungewöhnlichen Verhältnis zu dem früheren erhöht werden mußte, was leider einen allmählichen Rückgang der Abonnentenzahl, bis zu dem obengenannten Tiefstand im November 1920 zur Folge hatte. Am 1. Januar 1921 erschien unser Blatt wieder vierzehntägig, abwechselnd mit der Kinder- und Nebenbeilage. Bei reger Werbearbeit stieg von da an die Zahl der Leserinnen ständig, so daß der Parteivorstand in seinem schriftlichen Bericht an den Göttinger Parteitag schon 25 000 Bezieherinnen nennen konnte. Ein Zuschuß war im dritten Quartal 1921 überhaupt nicht mehr erforderlich, sondern im Gegenteil konnte ein kleiner Ueberschuß gebucht werden.

Im Dezember 1921, also gut ein Jahr nach dem tiefsten Stand, hatte die „Gleichheit“ wieder eine Auflage von 32 000, und wenn unsere Genossen und Genossinnen in allen Bezirken weiter für die „Gleichheit“ so arbeiten wie bisher, wird dieser erfreuliche Aufstieg anhalten.

Nach dem Bericht der „Freiheit“ hat die „Kämpferin“, das Frauenorgan der USPD, eine Auflage von 38 500 Exemplaren, also wirklich nicht viermal, sondern als die „Gleichheit“, sondern nicht ganz 7000 mehr. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die „Kämpferin“ von einigen gewerkschaftlichen Organisationen ihren weiblichen Mitgliedern obligatorisch geliefert wird, während unsere „Gleichheit“ selbstverständlich nirgends als Konkurrenzorgan gegen die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ auftritt. Unser Leserkreis setzt sich aus politisch organisierten und interessierten Genossinnen zusammen.

Hieraus ergibt sich, daß der Abonnentinnenstand der „Gleichheit“, richtig betrachtet, hinter dem der „Kämpferin“ nicht zurückbleibt. Trotzdem haben wir es nötig, sehr fleißig für die Verbreitung der „Gleichheit“ zu werben, nicht, um mit der „Kämpferin“ ein Wettrennen zu machen, sondern weil es im Interesse der Entwidlung unserer demokratischen Republik um sozialistischen Staatswesen notwendig ist, daß immer mehr unserer organisierten Genossinnen zu zielbaren und wertbewußten Mitkämpferinnen werden.



## Zum Hungerstreik im Butyrkischen Gefängnis.

Von der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Partei Russlands wird uns mitgeteilt: Bevor noch etwas über einen Hungerstreik in dem Gefängnis von Moskau bekannt war, wußten schon die sozialdemokratischen Organisationen, daß die Lebensverhältnisse in den Gefängnissen derart sind, daß es zu einem scharfen Konflikt kommen mußte. Zur Vorgeschichte des Hungerstreiks ist von Interesse, daran zu erinnern, daß bereits im Oktober vorigen Jahres der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sich genötigt gesehen hat, ein besonderes Schreiben an das Zentralerekutivkomitee der Sowjetrepublik darüber zu richten.

„Die hygienischen Verhältnisse in den Gefängnissen“, hieß es darin, „sind äußerst schlecht, die Verpflegung steht unter allen minimalen Hungernormen. In den letzten fünf Monaten hat sich der Gesundheitszustand der meisten Inhaftierten äußerst verschlechtert. Im Wladimir-Gefängnis z. B. wo eine größere Anzahl Sozialdemokraten inhaftiert sind, ist die große Mehrzahl erkrankt, und Symptome der Lungentuberkulose sind zur allgemeinen Erscheinung geworden. Viele leiden an Blutarmut in höchstem Maße, und alte Krankheiten, die sich viele in Zarengefängnissen zugezogen haben, sind wieder in Erscheinung getreten. In Orel hat sich ein besonders grausames Gefängnisregime ausgebildet, und die bewachenden Soldaten schießen vom Hofe in die Fenster.“

In den letzten Monaten hat sich zu diesen Verhältnissen noch die Kälte hinzugesellt, und in vielen Gefängnissen besteht kaum eine Hoffnung auf Besserung, weil Heizmaterial fehlt. Die Wintermonate drohen daher, viele Genossen, die früher schon erkrankt waren, jetzt dem Tode zuzuführen. Das Präsidium des Volksgesundheitsausschusses kennt alle diese Verhältnisse ganz genau. Trotzdem hat es bisher nichts gegen dieses System einfacher physischer Vernichtung unternommen.“

Auf dieses Schreiben des sozialdemokratischen Parteivorstandes hat das Exekutivkomitee keine Antwort erteilt, und die Lebensverhältnisse in den Gefängnissen sind auch nicht eine Spur besser geworden. Am 8. Dezember richtete der Parteivorstand wieder ein Schreiben an das Exekutivkomitee, das der Verfassung nach die oberste Gewalt im Staate hat, das aber absolut nichts unternimmt ohne Zustimmung der kommunistischen Zentrale.

„Jetzt sollen viele Genossen nach langer Haft nach Laskent verbannt werden, ohne daß irgendeine Anklage gegen sie erhoben würde, ohne Voruntersuchung und ohne Gerichtsurteil. Die schlimmste Form politischer Kampfmittel des Zarismus tritt nun in verstärktem Maße gegenüber Sozialisten und Revolutionären in Erscheinung. Dabei wird aber zum Unterschied von den alten Zeiten, beschlossen, daß die verbannten Genossen sich auch im Verbannungsort nicht frei bewegen dürfen, sondern zum Teil im Gefängnis bleiben müssen. Es sind aber nicht nur die Verbannten „unbekannt“, die unseren Genossen zur Last gelegt werden, sondern es ist auch ganz unbegreiflich, warum gerade diese Gruppe Sozialdemokraten verbannt werden soll. Das Zentralkomitee erklärt hiermit ganz entschieden, daß alle Parteimitglieder für die Politik die gleiche Verantwortung tragen, sowohl diejenigen, die noch in Freiheit sind wie auch die Inhaftierten. Das Zentralkomitee protestiert entschieden gegen dieses ganz terroristische System, das jetzt in Massenform Anwendung findet.“

Auch auf dieses Schreiben wurde keine Antwort erteilt. Die Verbannung nach den entlegenen Provinzen wurde aber von den Behörden endgültig beschlossen. Es ist klar, daß es unter diesen Verhältnissen zu einem Konflikt kommen mußte, der jetzt im Hungerstreik scharf in Erscheinung getreten ist.

## Wo bleiben unsere Eisenbahnwagen?

Aus Danzig wird uns von sachkundiger Seite geschrieben: Wie allgemein bekannt sein dürfte, sind die Eisenbahnen im Gebiete der Freien Stadt Danzig am 1. Dezember 1921 an Polen übergeben. Durch die rege Einfuhr von Gütern aus Deutschland nach Danzig geht täglich eine erhebliche Anzahl von deutschen Güterwagen in Danzig ein, die nach der Entladung beladen oder leer nach Deutschland zurücklaufen müßten. Dies ist aber nicht der Fall, denn die Wagen werden in Danzig mit Gütern nach Polen beladen und rollen dort hin ab.

Seit vor Weihnachten sind nun in Danzig soviel deutsche Güterwagen eingegangen, daß sie nicht mehr in vollem Umfange nach Polen beladen werden können. Auf allen größeren Stationen im Gebiete der Freien Stadt Danzig sind jetzt solche Wagen aufgestellt und mehrere ganze Züge leer nach Polen abgehoben. Es wird darauf hingewiesen, daß Kohlenwagen nicht herunter sind, denn diese rollen durch polnisches Gebiet mit Ziel Oberösterreich laufend ab. Die Güterwagen gehen ohne, wie im internationalen Verkehr üblich, mit Uebergangszetteln versehen zu sein, in das Gebiet der Freien Stadt Danzig über, wodurch jede Kontrolle zur Rückforderung der Wagen verloren geht. Es ist die höchste Zeit, daß das Reichsverkehrsministerium hier schleunigst eingreift und das Reich vor größerem Schaden dieser Art bewahrt.

## Die Lösung der Helgolandfrage.

Vor einiger Zeit hatten die Bewohner der Insel Helgoland der Regierung und den Parlamenten im Reich und in Preußen eine Denkschrift überreicht, um die zwischen der Regierung und der Insel schwebenden Differenzen zu beseitigen. Inzwischen haben die Regierungsstellen, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, in der Sache soweit vorgearbeitet, daß voraussichtlich schon Ende Januar in Altona eine Zusammenkunft von Regierungsvertretern mit den Vertretern der Helgoländer stattfinden wird. Als wichtigstes Ergebnis bringen die Vermittler in die Besprechung einen Regierungsvorschlag mit, den Helgoländern für das Jahr 1920 einen Steuererlaß in gewissem Umfange zu gewähren. Die Helgoländer rechnen mit weitgehenden Vergünstigungen, da die Sturmfluten im Oktober und Dezember des vergangenen Jahres auf der Insel einen Schaden von weit über einer Million Mark angerichtet haben, den allein zu tragen die Insel und ihre Bewohner sich außerstande sehen.

## Die Verporgung der Presse mit Druckpapier.

Im Reichsverkehrsministerium fand am Sonntag auf Veranlassung der Bereinigung großstädtischer Zeitungverleger eine Besprechung über die Sicherung der Presse mit Zeitungspapier statt. An den Beratungen nahmen der Reichsfolienkommissar, Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Verbandes deutscher Druckpapierfabriken und der Vereinigung großstädtischer Zeit-

ungsverleger z. B. unter dem Vorsitz des Geheimrats Weyrauch in eingehender Aussprache über die augenblickliche Lage in der Verporgung der Zeitungen teil. Der Vorsitzende gab ich Aufträge des Ministers bekannt, daß vom Reichsverkehrsministerium aus die nachgeordneten Stellen angewiesen seien: 1. Unter allen Umständen die nötige Zahl an Waggons zum Transport von Zeitungsdrukpapier zur Verfügung zu stellen, 2. daß im Notfall unbedingt Zenitungsdruckpapier in Güterzügen zu befördern sei, 3. daß eine telegraphische Vormeldung an die Empfangsstationen stattfinden solle. Ferner gab der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums der Bereitwilligkeit Ausdruck, den Eisenbahndirektionen zu empfehlen, im Falle der Verhängung von Sperren eine Ausnahme für Zeitungsdrukpapier eintreten zu lassen. Der Vorsitzende wies besonders auf die Bevorratung von Zeitungsdrukpapier an die Verbrauchszentren hin und stellte dabei die Beihilfe des Reichsverkehrsministeriums in bezug auf die Stellung von Waggons in Aussicht. Außerdem lagte er die Stellung von Sonderwagen zu, um den Verkehr zwischen den Zellstoffabriken und den Druckpapierfabriken sicherzustellen.

## Rein Steuerkompromiß.

Berlin, 19. Januar.

Schon mehrfach haben wir darauf hingewiesen, daß an den Steuerkompromißmeldungen der bürgerlichen Presse kein wahres Wort ist. Trotzdem aber bringt es die „Vossische Zeitung“ fertig, auch in ihrer Montag-Abendausgabe von einem Kompromiß zu reden. In der tatsächlich stattgefundenen Sitzung, der an den Steuerfragen interessierten Reichsminister mit dem Reichskanzler soll festgelegt worden sein, daß die Sozialdemokraten an der Sachwertfassung nicht mehr in einer Form festhalten, die zu schärfstem Kampf mit den bürgerlichen Parteien führen könnte. Als Ersatz dafür verlangt die Sozialdemokratie nach der Vossischen Zeitung, die es wissen muß, eine stärkere Inanspruchnahme der direkten Steuern. Auch von einer Ermäßigung der Umsatzsteuer und einer Besteuerung der Landwirtschaft, die den Wünschen der Sozialdemokratie Rechnung trägt, weiß das rechtsdemokratische Blatt zu erzählen. Von all den Dingen, über die die Vossische Zeitung berichtet, ist kein einziges Wort wahr. Sämtliche Feststellungen sind frei erfunden.

Wir betonen auch heute nochmals, daß die Haltung der Sozialdemokratie nach wie vor die alte ist und daß die sozialdemokratische Reichstaatsfraktion keineswegs daran denkt, von ihrem bisherigen Standpunkt in bezug auf die Steuerfragen, irgend etwas aufzugeben.

## Stinnes' Konkurrenz.

Berlin, 10. Januar.

Als Herr Stinnes im November von London zurückkehrte, war weber etwas über seine Absichten, noch über etwaige Erfolge der Reise zu erfahren. Heute hört man nun aus sicherer Quelle, daß Stinnes Aufgabe in London die Propaganda der Privatisierung der Eisenbahn im Zusammenhang mit der Verringerung der Reparationen war, und daß ihn vor allen Dingen geschäftliche Angelegenheiten zu reifen veranlaßten. Sowohl in der einen wie in der anderen Angelegenheit war die Londoner Reise erfolglos. Die englische Regierung zeigte Herrn Stinnes die kalte Schulter, und die englisch-russisch-asiatische Compagnie, bei der Stinnes Anteile zu erwerben suchte, war für dergleichen nicht zu haben. Das Geschäft, das Stinnes machen wollte, hat inzwischen die Firma Krupp in Verbindung mit dem Bankhaus Mendelssohn abgeschlossen, indem sie einen großen Teil der Aktien der englisch-russisch-asiatischen Compagnie erwarb. Das Kapital dieser Firma beträgt 12 Millionen Pfd., wozu noch ein umfangreicher Besitz im Ural und in Westsibirien kommt. Dieser Besitz besteht hauptsächlich in landwirtschaftlichem und Waldgebiet, sowie in Gruben, für die von der Sowjetregierung weitgehend Konzessionen zur Ausbeutung eingeräumt sein sollen.

Die Bedingungen, unter denen die Aktienanteile von den deutschen Firmen erworben wurden, sind uns unbekannt.

## Schulden und Steuern.

Der Beginn des neuen Jahres war für die Reichsfinanzen zugleich der Abschluß der ersten drei Viertel ihres Rechnungsjahres. Die Bilanz ist vernichtend. Vom 1. April bis Ende Dezember 1921 ist die schwebende Schuld des Reiches um 81,5 Milliarden auf fast 247 Milliarden Mark angewachsen. Wesentlich ist dabei, daß fast die Hälfte der neuen Schulden auf das dritte Vierteljahr dieses Rechnungsjahres entfällt. Vom 1. April bis Ende Oktober wurden 44, vom 1. Oktober bis Ende Dezember 86½ Milliarden neuer schwebender Schulden aufgenommen. Die letzte Defizite des Monats Dezember allein brachte das Erfordernis, 20,4 Milliarden an Reichsausgaben durch schwebende Schulden zu „decken“.

Das ist die Bilanz eines Jahres, das erfüllt war von den vernichtenden Wirkungen des Versailler Vertrages und das der Reichsfinanzpolitik ein völlig unzulängliches Programm der Besteuerern, ein um so gründlicheres aber in den Verbrauchssteuern gebracht hat. Die Rechnung, wonach die Hälfte des Steuerauskommens vom Besitz, die andere Hälfte vom Verbrauch getragen wird, ist ein Mähdägen. Es waren bürgerliche Politiker, die sich um die Ehrlichkeit der Finanzgebarung das Verdienst erworben haben, darauf hinzuweisen, daß in den Zeiten der Geldentwertung die ganze Last der Besteuerern auf die Schultern der verbrauchenden Bevölkerung abgewälzt worden ist. Und selbst demokratische Organe wie die „Frankfurter Zeitung“ und deutschvolksparteiliche wie die „Kölnische Zeitung“ haben anerkannt, daß es so nicht mehr weitergeht, daß vielmehr dem von den Sozialisten aufgestellten Plan, eine Erfassung der Sachwerte, wo nicht zugestimmt, so mindestens eine sachliche Behandlung zuteil werden müsse. Die amtliche Reichsfinanzpolitik weiß davon bis heute noch nichts. Der landwirtschaftliche Fachminister Dr. Hermes hat sich weber an die bekannten Forderungen der Gewerkschaften, noch an die Wünsche der in der Koalition vertretenen Sozialdemokraten gekehrt. Der Reichskanzler Dr. Wirth scheint im Drange seiner auswärtigen Pflichten dem trostlosen Zustand, dem sich unsere Reichsfinanzen mit Windeseile nähern, weniger Beachtung geschenkt zu haben als notwendig ist.

Es ist alles andere als richtig, wenn von bürgerlicher Seite die Meinung laut wird, der Weg zu einem Steuerkompromiß sei immerhin gebahnt. Das ist solange nicht der Fall, als ein Ausgleich im Reichshaushalt nicht er-

reicht ist. Und wenn die Meldung eines Spätabendblattes zutrifft, daß allein die auswärtigen Verpflichtungen die Gesamteinnahmen des Reiches übersteigen, so ist das ein Sturmzeichen, das selbst wir nicht erwartet haben, obwohl wir gewohnt sind, die Finanzlage nicht gerade rosig zu beurteilen. Wir haben mit unserem Urteil eine ganze Flut niedriger Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratische Partei heraufbeschworen. Warum? — Eben weil wir den Mut gefunden haben, die Dinge zu sehen wie sie sind. Es ist selbstverständlich, daß die breiten Massen des Volkes, deren Kaufkraft den steigenden Preisen nicht mehr folgen kann, nicht noch durch ein Uebermaß indirekter Steuern von jedem Verbrauch abgeschnürt werden dürfen. Damit käme die Produktion zum Erliegen, und ganz abgesehen von den schweren Gefahren für die innere Politik, die den Rechtsbolschewisten ja nur erwünscht sind, wäre die einfache Folge, daß die größten Steuerquellen des Staates verlegt sind. Noch niedlicher sind die Anwürfe, die behaupten, daß wir deutschen Besitz an das Ausland ausliefern wollten. Die gestrige „Deutsche Tageszeitung“ glaubte z. B. wieder feststellen zu müssen, daß wir mit der Entente in dieser Richtung „ein liebliches Fangspiel treiben“. Es gehört schon die Verlogenheit alldeutscher Agrarier dazu, derartig wahnwitzige Behauptungen aufzustellen. Tatsache ist, daß an eine Verpfändung deutscher Sachwerte nur im Falle der größten Not gedacht wurde, daß eine aktive Steuerpolitik der bisher reichsfeindlichen Parteien hier wirksam hätte vorbeugen können. Im übrigen aber sei doch darauf hingewiesen, daß Stinnes in Uebereinstimmung mit den deutschnationalen Führern, den Reichsverbänden der deutschen Industrie dazu veranlaßt hat, die Reichsbahnen als Kreditunterpfand zu fordern. Es war dies derselbe Stinnes, der den Plan, mit deutschen Privatbahnen das russische Verkehrsnetz aufzuschließen, vor der englischen Finanzwelt vertreten hat. Unseres Wissens war während des letzten halben Jahres kein Sozialdemokrat in England oder an einem anderen internationalen Plage, der solche Pfandgüter der Entente angeboten hätte. Es blieb der Reaktion vorbehalten, hier die Führung zu übernehmen, derselben Reaktion, die sich so furchtbar national gebärdet, die aber international wird, sobald ihre Geldsachinteressen in Frage kommen.

Bei der Behandlung des neuen Reichsbahnfinanzgesetzes wurde an dieser Stelle dargelegt, daß sich die Bahnen in eine finanzielle Abhängigkeit vom Privatkapital begeben, wenn sie ihren Fortbestand auf die Anleihewirtschaft stellen. Wieviel mehr ist das erst für das gesamte Reich der Fall, wenn die ungedeckten Schulden des Reiches aus einem Milliardenhundert in das andere steigen. Kein Sozialist kann es verantworten, durch abwartendes Zusehen die deutsche Republik der Herrschaft der Plutokratie auszuliefern. Die Reaktion freilich rechnet mit der Möglichkeit, auf diese Weise die Reichsgewalt an sich zu bringen. Sie irrt, wenn sie glaubt, daß die Massen dem untätig gegenüberstehen würden. Es liegt an den bürgerlichen Politikern, ob sie es im Augenblick erster Erfolge der Erfüllungspolitik, wie sie sich schon jetzt in Cannes zeigen, auf die Machtprobe ankommen lassen wollen, gegen die bessere Weherzeugung ihrer eigenen Anhänger.

Wenn je, so ist jetzt der Zeitpunkt, eine gründliche Saniierung der Reichsfinanzen anzubahnen, gekommen. Mit bemunderungswürdiger Geduld hat das Proletariat zugehört, wie die ganze Last der wachsenden Staatsausgaben, samt den Reparationszahlungen durch die Notenpresse auf den Verbrauch abgewälzt worden ist. Wer klug ist, wird diese Geduld der letzten entscheidenden Probe aussetzen wollen. Die Zeit drängt. Man täusche sich nicht darüber, daß mit optimistischen Prophezeiungen nichts getan ist.

Schon die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen, ob ein Steuerkompromiß möglich ist. Jedenfalls werden 247 Milliarden schwebender Schulden nicht aus der Welt geschafft, indem man im frühlichen Kuhhandel an den Steuerjahren herumtrudelt. Dazu wird es schon notwendig sein, daß die bürgerlichen Parteien auch ihrerseits die Zugeständnisse machen, die allein zu einem Kompromiß führen können. Diese Zugeständnisse führen zu einer scharfen Erfassung des Sachwertes, zur steuerlichen Heranziehung der Sachwerte.

Wagen sie nicht diesen Schritt, so haben sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn die kommenden politischen Kämpfe an Schärfe und Erbitterung weit über das Maß hinausgehen, das mit den Interessen eines demokratischen Staates vereinbar ist.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 7. Januar.			
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
		10. Jan.	9. Jan.
Amsterdam	100 fl.	6468.50	6168.80
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1888.60	1818.65
Kristiania	100 Kr.	2747.25	2622.55
Kopenhagen	100 Kr.	3471.50	3321.65
Stockholm	100 Kr.	4860.60	4145.85
Helsingfors	100 finn. Mk.	324.15	304.65
Rom	100 Lire	749.25	729.25
London	1 £	739.25	709.25
New York	1 Doll.	175.07	168.38
Paris	100 Frs.	1448.55	1388.60
Zürich	100 Frs.	3361.60	3246.75
Madrid	100 Pesetas	2587.40	2507.45
Wien	100 K.	6.08	6.28
Budapest	100 K.	27.77	27.92
Prag	100 K.	255.70	272.70

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit	Tag	Std.
Angekommen am 10. Januar.							
D.		Seelohs	Dammer	Burgstaken			8
D.		Roseidon	Androos	Helsingfors			3
D.		National	Riehn	Dyvelund			2
Angekommen am 11. Januar.							
D.		Najaden	Bernson	Malmö			14
D.		Westa	Evenson	Stockholm			3

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



**Emser Pastillen**  
geg. Husten, Heiserkeit usw.  
(11887)

36 III seit 3 Jahren o  
tätigem Ausgag an  
hüch.  
bucem  
**Geist  
Jüden**  
Durch ein halbes  
Stück Zucker's  
Patent-Medizinal-Säfte habe  
ich das Ael pönlig beileigt.  
S. S. Polig. Serg. - Dazu  
Zuckrob-Creme (nicht fettent-  
u. fettlosig) Sma. Apothel.  
Progerien u. Garfämerien.  
(11882)

Alle  
**Arbeiter**  
kaufen gern und gut  
ihre Arbeitskleidung  
bei (11442)

**Otto Albers**  
Markt 4 Kohlstr. 10

Die höchsten Preise  
zahl für:  
**Kupfer, Messing,  
Blei, altes Eisen,  
Lampen, Papier** u. s.  
(für Metalle Ausweis  
erforderlich.)  
**Törper,**  
Schwarzen Allee 26.  
Telephon 1575 (11888)

**Adolf Borgfeldt**  
gegr. 1880 Inh.: Herm. Kubli  
Mühlenstraße 36/40, 44, 48, 71  
— Fernsprecher 672 und 678. —  
Das fachm. Spezialgeschäft Lübecks für:  
**Oefen und Herde**  
Abteilung IV: (11896)  
Reparaturen.  
Ausbessern von Oefen, Herden,  
Grunderden und Gaskochern  
in eigener Schlosserei und Töpferlei  
fachgemäß und preiswert.

**Krähenstraße 18.**  
Zahle die höchsten Tagespreise für  
**Kupfer, Messing, Blei, Zinn,  
Eisen, Zinnungen, Zinken, sämtliche Feile, Tier-  
haare und Lumpen, bei realer Abnahme.**  
Größere Posten werden abgeholt.  
**S. KRAMER.**  
(11710)

**Wir sind billig!**  
Nemdestuche Meter 28.00 19.50  
Nessel Meter 25.00 21.00 19.50  
Barchent einfarbig Meter 16.00 13.50 14.50  
Handtuchstoffe Meter 24.00 19.50 15.50  
Bettlinen, volle Bettbreite, Meter 72.00  
Nachjuckenbarchent Meter 22.50 19.25  
Kleiderbarchent Meter 22.50 19.50  
Kingsartreifen Meter 42.50 25.50  
Cheviot, schwarz, 180 cm breit, 28.00 25.00  
Cheviot, (11704) Meter 75.00  
**Herren-Normalwäsche**  
ganz besonders preiswert!  
Bestellen Sie bitte unsere Scheidekasten!  
**Walter Griephan & Co.**  
Lübeck, Huxstr. 74.

Stauwend billig  
**Leder-Sohlen** im Aus-  
schriff.  
sind meine  
Konkurrenzlos billig:  
**Gummi-Absätze \* Gummi-Sohlen**  
erstklassige Marken.

**REFORM**

Leder- und Bedarfsartikel-Handlung  
Stepperei  
Nur **50 Huxstr. 50**  
Inhaber: **Robert Jensen.** 11720a  
Sie können auf jede Reparaturstepperei warten.

Tägl. frische Zufuhren in  
**Fluß-, See-  
fischen u. Räu-  
cherwaren**  
**Frümm,**  
Wahmstraße 21.

**Wilhelm II.**  
als Krüppel und  
Psychopath.  
Abrechnung mit der  
Entente und dem Mon-  
archismus.  
10 Mk.  
Buchhandlung  
**Friedrich Meyer & Co.**

So, alter Knabe,  
glänzt Schuhputz  
**Lävalin!**  
Hersteller: Garm. Meyer, Chemisch-technische Fabrik, Hannover-Ricklingen.  
Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**  
Telephon 798 Moltkestraße 1. (11720)



**Oefen  
Gaskocher  
Herde  
Grunderden  
Wasch-Kessel**  
billigst im  
fachmann. Spezialhaus  
**Wilh. Dresden**  
Kapitelstr. 2a  
Ecke Mühlenstraße.  
(11710)

Die Grippe und ihre Abwehrung  
Vortrag des Herrn Dr. med. Starig.  
am Donnerstag, dem 12. Januar,  
abends 8 Uhr (11708)  
in der Aula des „Vereinshauses“  
Karten je Mt. 5.— ab 7 1/2 Uhr a. d. Kassestr.

**M. Redner & Co.**  
Beckergrube 18 L. Teleph. 8424.  
Die erste Absatzstelle am Platze  
**Gold** feinst. pr. Gr. 125.00  
**Gold** 750. pr. Gr. 84.00  
**Gold** 585. pr. Gr. 65.00  
**Gold** 585. pr. Gr. 64.00  
**Silber** feinst. pr. Gr. 3.00  
**Silber** 800. gest. pr. Gr. 2.00  
**Silber** ungest. pr. Gr. 1.80  
**Platin** rein pr. Gr. Mk. 350.00  
**Gebisse** pr. Zahn 100.00  
**Gebisse** bis zu Mk. 10000  
sowie Brillanten, Uhren, Souvenirs  
und Schmuckgegenstände aller Art.

!! **Glodengießerstraße 61 !!**  
Zahle die höchsten Tagespreise für  
**Kupfer, Messing, Blei, Zinn**  
Eisen, Zinnungen, Zinken, sämtliche Feile, Tier-  
haare u. Lumpen, bei realer Abnahme.  
Größere Posten werden abgeholt.  
(11681) **Fr. Erdmann,** Feintuf 27b.

**Patent Ingenieur-Bureau**  
**Wilhelm Schleyer**  
ALTONA (Elbe), Holstenstr. 144.  
Ausarbeitung und Anmeldungen von  
Erfindungen und deutschen Reichs-  
patenten, sowie Gebrauchsmustern.  
Rat und Auskunft kostenlos. Rückporto.

**Polzarbeiter-  
Verband.**  
General-  
Versammlung  
am Mittwoch, d. 11. Januar,  
abends 7 1/2 Uhr  
im Vereinslokal am Markt.

**General-  
Versammlung**  
am Mittwoch, d. 11. Januar,  
abends 7 1/2 Uhr  
im Vereinslokal am Markt.  
Tagesordnung:  
1. Bericht von den am  
10. Januar in Ham-  
burg abgehaltenen  
Landesversammlungen.  
2. Bericht vom 4.  
Dezember 1921 über die  
Tätigkeit der Ver-  
waltung und Ver-  
rechnungswesen.  
3. Bericht über die  
Tätigkeit der Ver-  
waltungswesen.

**Gold-  
Wasser.**  
Märker, Jäger,  
Süde, Jäger, Karte  
Wasser. (11682)  
kauft in höchsten  
Zuschüssen

**Prima billiges  
Kohlensäure  
getränktes und  
getrocknetes  
C. Kühn,**  
Schulstr. 9 b.

**Paul Levi:  
Unter Weg.**  
Wiederholungs-  
Kurs  
4 Markt.  
Buchhandlung  
**St. A. & Co.,**  
Königsplatz 48.

**Sozialdemokr. Verein**  
Ortsgr. Schutzup.

**Mitglieder-  
Versammlung**  
Donnerstag, 12. Jan.,  
abends 7 1/2 Uhr  
im Lokale „Zur Linde“.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom IV.  
Quartal 1921.  
2. Abrechnung vom III.  
quartal.  
3. Anträge Vereinsange-  
legenheiten und Ver-  
rechnungswesen.  
4. Bericht über die  
Tätigkeit der Ver-  
waltungswesen.  
Der Vorstand. (11694)

**Handwerker-Verein**  
für Lübeck und Umgebung  
e. G. m. b. H.

**Bezirks-  
Versammlung**  
für die Mitglieder der  
Warenabnehmer 3  
**Mari**  
am Mittwoch, 11. Jan.,  
abends 7 1/2 Uhr.  
im Lokale des Herrn  
Groth, Kottmühlstraße.  
Tagesordnung:  
I. a) Geschäftsbericht.  
b) Rechnung des Ge-  
schäftsanteils.  
c) eigene Kasse.  
d) Vorlegung des Ge-  
schäftsberichts.  
II. Bericht über den  
Tätigkeit der Ver-  
waltungswesen.  
III. Ergänzungsmittel-  
stellen.  
IV. Geschäftstätigkeit.  
Wegen der wichtigen  
Tagesordnung bitten wir  
um recht zahlreiches Be-  
such. Der Vorstand.  
(11683)

**Arbeiter-Radt- und  
„Solidarität“**  
Mithedschaft Lübeck.  
(11688)

**Generalversammlung**  
am Mittwoch, d. 11. Januar  
abends 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.  
Unsere Versammlungen  
finden jeden 2. Mittwoch  
nach dem Monatsersten  
statt.  
NB. Unser diesjähriger  
Wahlenball findet am  
5. Februar im Gewerks-  
chaftshaus statt.  
Der Vorstand.

**Generalversammlung**  
am Mittwoch, d. 11. Januar  
abends 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.  
Unsere Versammlungen  
finden jeden 2. Mittwoch  
nach dem Monatsersten  
statt.  
NB. Unser diesjähriger  
Wahlenball findet am  
5. Februar im Gewerks-  
chaftshaus statt.  
Der Vorstand.

**Leder**  
Lederausschnitt  
Ersatzsohlen in halt-  
baren Fabrikalen  
Alle Schuhmacher-Läden  
**C. Grimm Nachf.,**  
Lederhandlung und  
Schäftefabrik. (11690)

**Glas**  
scheiben  
aller Art, Kitt,  
Glaschneider  
Bilderleisten  
etc. (11692)  
Oscar Trauchnitz, Glashdl.  
Fleischhauerstr. 85 F. 2808

**Molsinger Baum.**  
Engelstein Luth 9.  
(11719)  
Morg. Donnerstag,  
Anfang 7 Uhr  
**Vornehmes  
Tanzen**  
unter Leitung und  
Mitwirkung des  
Balltänzers Dr.  
Mönnich Partnerin.  
Alte Tanzmusik.  
Moderne Tänze  
Dezente Musik.  
Wegen erhöhter  
Straßenbahnpreise  
Eintritt frei.  
Rudolph Jäde.  
Telephon 9076.



**Wahlkreis-Vollversammlung**  
to Lübeck.

Donnerstag, d. 12. Jan.,  
abends 8 1/2 Uhr  
im Kolosseum.  
**Theater-Abend**  
von der Hedderbühne  
Spezial-Abend  
**Kramer Kray.**  
Hedderbühne Komedi  
in 5 Akte von Herrn  
Kocher.  
Bries 5 Mt. und 1 Mt.  
Erlöse. (11695)

**Trocadero**  
Schüsselbuden 4.  
Tel. 787. (11685)  
**Tägliche  
die beliebten  
Weberus-  
Konzerte.**

**Hansatheater.**  
Heute Mittwoch sowie  
morgen Donnerstag  
7 1/2 Uhr: (11698)  
**Die lustige Witwe.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
7. Vorst. im Freitag-  
Abonnement.  
Das Fräulein vom Amt.

**Voranzeige!**  
Montag, d. 16. Januar,  
abends 8 Uhr:  
Gastspiel der Hamburger  
Kammeroper  
„Das Friedensfest“  
Drama in 3 Akten v.  
Gerhard Hauptmann.

**Stadtheater Lübeck**  
Donnerstag, 12. Jan. 7.30  
Zum ersten Male:  
Wenn wir Loren er-  
wachen...  
von Henrik Ibsen  
21. Ab.-Vorst. West. A.  
Entrichtung der Abon-  
nementsrate für die 2.  
Hälfte vor Beginn der  
Vorstellung. (11707)

Freitag, 13. Jan. 7 Uhr.  
Lohengrin.  
21. Ab.-Vorst. West. A.  
Sonabend: 14. Jan. 8.30  
Zum letzten Male:  
Peer Gynt.  
10. Ab. i. Sonabend.  
Sonntag, 15. Jan. 2.15 U.  
6. Fremden-Vorst.  
Margarete (Faust).  
Karten an der Theater-  
kasse.  
7.30: **Die Fledermaus.**  
Die noch nicht bezahl-  
ten 2. Abonnementsraten  
werden in der Theater-  
kasse gegen Vorlegung  
der Karten entgegenge-  
nommen.



## Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 11. Januar.

Achtung, Bürgerschaftsfraktion! Freitag abend 6 Uhr Sitzung im Rathaus. Sämtliche Fraktionsmitglieder haben zu erscheinen.

### Lübecks Finanzlage.

Die Finanzbehörde hat an den Senat folgenden Bericht über die Erhöhung der Staatseinnahmen herausgegeben: Im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921/1922 sind veranschlagt: die Ausgaben auf 166 Millionen Mark, die Einnahmen auf 144 Millionen Mark, der Fehlbetrag auf 22 Millionen Mark. Tatsächlich haben bis zum 24. Dezember beigetragen: die planmäßigen Ausgaben 142 Millionen Mark, die planmäßigen Einnahmen 99 Millionen Mark, der Fehlbetrag 43 Millionen Mark.

Die starke Erhöhung des tatsächlichen Fehlbetrages gegenüber dem veranschlagten beruht zum Teil darauf, daß die Einnahmen aus den Steuern nicht der Erwartung entsprachen. Es waren veranschlagt die Einnahmen aus Steuern und Abgaben im Inland bis zum 24. Dezember erst ein 30,3 Millionen Mark. In der Hauptfrage ist aber das Anwachsen des Fehlbetrages auf die starke Steigerung der Personalkosten, insbesondere der Ausgaben für Beamtengehälter zurückzuführen. Die Mehrausgaben, die der Lübeckischen Staatskasse aus der Erhöhung der Steuerzuschläge zu den Beamtengehältern ab 1. August, der Neuordnung der Beamtengehälter vom November und der Vergebung Lübecks in die Ostmark zu erwachsen, werden für das Rechnungsjahr 1921/1922 auf etwa 24 Millionen Mark, für das Rechnungsjahr 1922/1923 auf etwa 40 Millionen Mark geschätzt.

Nach dem bisherigen Gange der Verhandlungen darf angenommen werden, daß etwa ein Drittel der Mehrausgaben für die Beamtenbesoldung aus den Ueberweisungen von Reichsteuern oder aus Reichszuschüssen gedeckt werden wird, während die restlichen zwei Drittel aus der Lübeckischen Staatskasse zu decken sind. Bei dieser Sachlage erscheint es geboten, ohne Verzug Maßnahmen zur Erzielung wesentlicher höherer Einnahmen zu ergreifen, wenn nicht der Fehlbetrag eine nicht zu verantwortende Höhe erreichen soll.

Eine ausreichende Besoldung der Beamten und Angestellten wie auch der Arbeiter des Staates ist ein Erfordernis, an dessen Erfüllung alle Angehörigen des Staates ein Interesse haben. Es entspricht daher der Gerechtigkeit, daß alle steuerfähigen Kreise der Bevölkerung zur Deckung der Mehrausgaben für die Beamtenbesoldung und die Arbeiterlöhne herangezogen werden. Es ist dies auch notwendig, weil das Maß der Mehrausgaben so groß ist, daß es durch eine steuerliche Belastung, die nur einen Teil der Bevölkerung treffen würde, nicht gedeckt werden kann.

Unter diesem Gesichtspunkte ergeben sich folgende Vorschläge: 1. Zu den tarifmäßigen Preisen für Gas, Wasser und Elektrizität wird ein Zuschlag von 20 Proz. erhoben. Geschätzter Ertrag für das Rechnungsjahr 1922/1923 etwa 10 Millionen Mark, für den Rest des laufenden Rechnungsjahres etwa 2 1/2 Millionen Mark. Der Ueberfluß, den vor dem Kriege die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke für allgemeine Staatszwecke abliefern, betrug jährlich etwa 1 Million Mark. Da der Staatsbedarf heute auf etwa das Sechsfache des Friedensbedarfes gestiegen ist, ist eine Inanspruchnahme der genannten Betriebe für allgemeine Staatszwecke in Höhe von etwa 16 Millionen Mark unerlässlich.

2. Zu den Sätzen der Gewerbesteuer wird für die Rechnungsjahre 1921/1922 und 1922/1923 ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben. Jahresertrag etwa 4 Millionen Mark.

3. Zu den ordentlichen Sätzen der Grundsteuer (also nicht zu den Zuschlägen für Förderung des Wohnungsbaues) wird für das Rechnungsjahr 1922/1923 ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß eine Neuerschätzung der Grundstücke stattfindet, kann der Mehretrag der Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1922/1923 auf etwa 4 1/2 Millionen Mark geschätzt werden. — Die Grundsteuer

hat im Frieden etwa 1 Million Mark jährlich erbracht. Für das laufende Jahr ist ein Ertrag ohne Zuschläge mit rund 1,5 Millionen Mark eingeleitet. Mit Rücksicht darauf, daß sich der Staatsbedarf seit der Vorkriegszeit auf das Sechsfache gesteigert hat, ist eine wesentlich höhere Anspannung der Grundsteuer unerlässlich.

4. Die Schulgelddarlehen werden vom 1. April 1922 an um 200 Prozent erhöht. Geschätzter Ertrag etwa 6 Millionen Mark. — Im Frieden ist aus den Schulgeldeinnahmen etwa ein Viertel der Schulausgaben gedeckt worden. Für das laufende Rechnungsjahr sind im Haushaltsplan die Schulgeldeinnahmen auf rund 3,2 Millionen Mark, die Schulausgaben auf 20 Millionen Mark veranschlagt. Tatsächlich werden die Ausgaben für das Schulwesen etwa 30 Millionen Mark betragen. Für das Rechnungsjahr 1922/1923 können sie auf etwa 40 Millionen Mark geschätzt werden. Die allgemeinen Hilfsquellen des Staates sind heute nicht größer, sondern geringer als in der Vorkriegszeit. Es ist daher unerlässlich, daß fortan mindestens derselbe Anteil an den Schulausgaben wie vor dem Kriege durch Schulgeldeinnahmen gedeckt wird. Eine Verdreifachung der Schulgelddarlehen wird dieser Forderung ungefähr gerecht.

5. Die Kostgelddarlehen der Heilanstalten werden erhöht, und zwar bei dem Allgemeinen Krankenhaus derart, daß sie die Selbstkosten der Krankenhausbehandlung, abgesehen von den Kosten der Verzinsung des Baukapitals, annähernd decken, und bei der Heilanstalt Strednig derart, daß sie der eingetretenen Entwertung des Geldes entsprechen. Die Mehreinnahme kann für das laufende Jahr auf 0,5 Millionen Mark, für das Rechnungsjahr 1922/1923 auf etwa 4 Millionen Mark geschätzt werden. — Im Haushaltsplane des laufenden Rechnungsjahres war für das Allgemeine Krankenhaus ein Staatszuschuß von etwa 1,5 Millionen Mark und für die Heilanstalt Strednig ein solcher von etwa 1,6 Millionen Mark vorgesehen. Tatsächlich wird der Staatszuschuß für das Allgemeine Krankenhaus etwa 4 Millionen Mark und für die Heilanstalt Strednig fast 3 Millionen Mark betragen, wenn nicht umgehend in eigener Einnahmen beider Heilanstalten erhöht werden. Es ist mit der Finanzlage des Staates schlechterdings nicht zu vereinbaren, daß die Heilanstalten Zuschüsse erfordern, die höher sind als die Erträge, die nach dem Haushaltsplane Gewerbesteuer und Grundsteuer zusammen erbringen.

6. Sämtliche Behörden sind erneut nachdrücklich anzuweisen, ihre Tarife den Veränderungen des Geldwertes rechtzeitig anzupassen bzw. sofern sie nicht selbstständig die Tarife ändern können, entsprechende Anträge zu stellen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß einzelne Behörden dieser an sich selbstverständlichen Forderung nicht mit der gebotenen Beschleunigung entsprechen.

Die Durchführung der Vorschläge 1—5 wird für das laufende Rechnungsjahr eine Mehreinnahme von etwa 7 Millionen Mark und für das Rechnungsjahr 1922/1923 eine solche von etwa 28 1/2 Millionen Mark erbringen. Ohne Zweifel bedeuten sie eine starke Belastung der Bevölkerung. Ihre Annahme ist aber notwendig, wenn das Finanzwesen nicht schweren Schäden leiden soll.

Da neben der Steigerung der persönlichen Ausgaben auch eine erhebliche Steigerung der sachlichen Ausgaben zu verzeichnen ist, so ist es wahrscheinlich, daß auch die erhöhten Einnahmen den Fehlbetrag nicht völlig beseitigen werden. Es ist daher geboten, daß die Beamten, die Verwaltung sparsamer zu gestalten, nachdrücklich fortgesetzt werden. Alle Kreise der Bevölkerung müssen sich darüber klar werden, daß ein durch den Krieg und seine Folgen verarmtes Volk sich nicht dasselbe Maß von öffentlichen Einrichtungen leisten kann, wie das reiche deutsche Volk (? Red.) vor dem Kriege. Die Arbeiten des Ausschusses für Ersparungen in der Verwaltung müssen sowohl seitens der gesetzgebenden Körperschaften, wie seitens aller Behörden eine opferwillige Unterstützung finden, auch wenn die Früchte dieser Arbeiten, wie es in der Natur der Dinge liegt, nur zum kleinen Teile sofort erkennbar, zum großen Teil erst nach Jahren in die Erscheinung treten werden.

Es wird ferner erneut zu prüfen sein, ob das Schulwesen in seinem bisherigen Umfange beibehalten werden kann, oder ob Einschränkungen stattfinden müssen, die der verringerten Leistungsfähigkeit der staatlichen Finanzen Rechnung tragen. Auch erscheint es fraglich, ob der vom Reiche verlangte Ausbau des Fortbildungsschulwesens noch fortgesetzt

werden kann, wenn das Reich sich nicht bereit findet, die erforderlichen Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen.

Eine wichtige Aufgabe, die sich zweckmäßig der Ausschuss für Ersparungen in der Verwaltung zu unterziehen haben wird, wird ferner die sein, zu untersuchen, ob nicht in einzelnen Anstalten und Betrieben des Staates eine größere Arbeitsleistung und des Personals erzielt werden kann. Die heutige Finanzlage verbietet es, daß Kräfte, die vom Staate eine ausreichende Befoldung beanspruchen, nicht ihre volle Arbeitsleistung dem Staate zur Verfügung stellen.

Bei der Straßenbahnverwaltung haben zeitweise die laufenden Einnahmen nicht ausgereicht, um die laufenden Ausgaben einschließlich der Verzinsung des Anlagekapitals und der erforderlichen Rückstellungen zu decken. Es muß demgegenüber gefordert werden, daß Verkehrsbetriebe so arbeiten, daß sie unter keinen Umständen Zuschüsse aus der allgemeinen Staatskasse in Anspruch zu nehmen brauchen.

Schon in normalen Zeiten begegnet eine erfolgreiche Betätigung der wirtschaftlichen Betriebe des Staates manchen Schwierigkeiten, weil die leitende Behörde nach denselben Grundrissen zu arbeiten hat, wie die übrigen Staatsbehörden. Diese Schwierigkeiten sind heute bei der schwankenden Währung und bei den in schroffem Wechsel sich folgenden Konjunkturen ungeheurer geworden. Wenn daher jetzt die Betriebsbehörden die Ueberzeugung gewinnen sollte, daß ihr im Interesse der Erzielung einer größeren Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe ein höheres Maß von Bewegungsfreiheit hinsichtlich der Verwendung von Geldmitteln und hinsichtlich der Gestaltung ihrer Tarife, eingeräumt werden müsse, so wird ein dahin gehender Antrag im finanziellen Interesse des Staates nachdrücklich zu fordern sein.

Auch bei Annahme aller vorstehend bezeichneten Forderungen kann keine Gewähr dafür übernommen werden, daß die Finanzen des Lübeckischen Staates dauernd gesund bleiben. Die Lübeckischen Finanzen sind heute zwangsläufig mit der Finanzlage des Reiches verbunden. Diese wiederum hängt von außenpolitischen Faktoren und innerpolitischen Bewegungen ab, deren Ausmaß und Wirkungen sich der Berechnung entziehen. Innerhalb des Rahmens aber, der Lübeck noch an Bewegungsfreiheit verblieben ist, muß alles geschehen, um die Finanzen in Ordnung zu halten. Nur dann besteht für Lübeck die Aussicht, auch weiterhin die ihm obliegenden Aufgaben wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Art erfüllen zu können.

Das ist gewiß kein erfreuliches Bild von Lübecks Finanzlage. Mit ähnlichen Schwierigkeiten haben aber alle Staaten gegenwärtig zu rechnen. Nachdem die Mark in den letzten Monaten einen ungeheuren Tiefstand erreicht hat, werden naturgemäß immer höhere Anforderungen an die Staatskasse gestellt. Angesichts der kolossalen Teuerung ist es ganz natürlich, daß die Beamtengehälter und manches andere größere Mehrausgaben verurursachen. Aufgabe des Staates muß es aber sein, seine Beamten und Angestellten ausreichend zu entlohnen. Daß nunmehr neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen, ist selbstverständlich. Die Verantwortlichkeit erfordert es, daß Einnahmen und Ausgaben einigermassen mit einander in Einklang gebracht werden. Neue Steuern sind also unvermeidlich, die aber vor allem von den Bemittelten getragen werden müssen. Die Vorschläge der Finanzbehörde werden zunächst von der Bürgerschaft resp. den einzelnen Ausschüssen noch einer genaueren Prüfung bedürfen. Die Erhöhung des Schulgeldes und die leise angegedeutete Einschränkung im Schulwesen sind Fragen, mit denen wir uns nicht befassen können. Wenn es notwendig sein sollte, den einzelnen Behörden ein größeres Maß von Bewegungsfreiheit einzuräumen, so darf das aber nicht unter Ausschaltung des Einflusses der Bürgerschaft geschehen. Eine Klärung dieser und anderer Fragen ist also dringend nötig.

Nachdem die Steuerhoheit auf das Reich übergegangen ist, sind den Einzelstaaten nur wenig Einnahmequellen verblieben. Sie sind also nicht frei in ihren steuerlichen Entscheidungen, sondern müssen sich behelfen so gut es geht. Als die Mark im Frühjahr und im Sommer des vorigen Jahres einen ziemlich stabilen Stand aufwies, konnte man hoffen, daß Lübeck bereits Ordnung in seine Finanzen gebracht hätte. Einnahmen und

## Der Gemüsehändler.

Von Anatole France  
in einer Bearbeitung von Leo Tolstoi.\*)

### Sahn.

Aber Madame Coitreau gab ihm kein Wort zur Antwort, und lehrte stolz in ihren großen Backsteinen zurück. Die Krämerinnen und Hausmädchen, die sonst so urgebüldig auf seinen mit frischem Grünzeug und Blumen beladenen Karren harrten, wandten ihm jetzt den Rücken. Als er zum Schutterladen kam, wo alle seine Abenteuer ihren Anfang genommen hatten, rief er:

„Madam Bayard, Madam Bayard, Sie sind mir noch fünfzehn Sous schuldig.“

Aber Madame Bayard, die an ihrem Schreibpult saß, würdigte ihn keines Blickes.

Die ganze Montmartrestraße wußte es, daß Crainquebille aus dem Gefängnis kam, und keiner wollte ihn mehr kennen. Das Gerücht von seiner Einsperung hatte sich bis in die Vorstadt verbreitet und war bis an die Ecke der gefülltesten Rischterstraße gelangt. Dort hatte er um die Mittagstunde herum Madame Laure, seine gute und ständige Kundin erblickt. Sie war über den Karren des kleinen Martin geneigt und blickte an einem großen Kohlkopf.

Bei diesem Anblick bekam Crainquebille einen Stich ins Herz. Er stieß mit seinem Wagen gegen den Karren des kleinen Martin und sagte mit klagernder Stimme zu Madame Laure:

„Das ist nicht schön von Ihnen, daß Sie mir unrecht werden.“

Madame Laure antwortete Crainquebille nicht mit einem Worte, indem sie die Beleidigte spielen wollte.

Der alte Straßenverkäufer fühlte sich getränkt, und er schrie sie an aus vollem Halse:

„Ach, du Schlampe!“

Madame Laure ließ den Kohlkopf fallen und rief:

„Gade dich, du alter Launenich! Da kommt er aus dem Gefängnis und will noch die Leute beleidigen!“

In wütender Stimmung hätte Crainquebille Madame Laure niemals ihren Lebensmangel nachgesehen. Aber diesmal geriet der Alte außer sich. Dreimal hatte er Madame Laure Schlampe, Rischwüldige, Luder geschimpft. Durch diese Scene hatte sich Crainquebille in der ganzen Montmartrestraße und Rischterstraße endgültig blamiert.

Der Alte entfernte sich, vor sich hinbrummend:

„So ein Lüder! Ein zweites wie sie ist, findet man gar nicht!“

Das schämte aber war, daß nicht sie allein ihn als einen Beschloffenen behandelte. Keiner wollte ihn mehr kennen.

Sein Charakter wurde ein anderer. Nach dem Streit mit Madame Laure, zankte er nun mit allen. Für jede Kleinigkeit war er groß mit seinen ständigen Kunden und wenn sie etwas lange zwischen der Waage wägen, da beschimpfte er sie als Schmatzer-

mäule und Faulenzerrinnen. Auch in der Schenke zankte er fortwährend mit seinen Freunden. Sein Freund, der Kaskantverkäufer, konnte ihn kaum wiedererkennen und meinte: Vater Crainquebille wäre ein wahres Stachelschwein geworden. Und das war nicht zu leugnen: Crainquebille war ein unvertäglich, haberdüchtiger Mensch geworden, auch war er groß und bösmäulig geworden. Da er in ungeheurer Gesellschaft verkehrte, war es ihm, natürlich Schmezer, als irgendeinem Unrechtsprofessor sozialer Wissenschaften, keinen Gedanken über die Unvollkommenheit gegenwärtiger Gesellschaftsordnung und über die Notwendigkeit einer Veränderung auszusprechen, auch die Gedanken selbst formten sich nur schlecht und unordentlich in seinem Kopfe.

Das Unglück machte ihn ungerecht, und er rächte sich nun an denen, die ihm nichts Böses getan haben, und oft sogar an denen, die schwächer waren als er. So hat er einmal Alfons, dem kleinen Wägen des Schenkwirtes einen festen Schlag versetzt, weil ihn dieser fragte, ob es ihm im Gefängnis gut gegangen sei.

„Ach, du unverschämter Feig!“ rief er ihm an. „Nicht ich, sondern dein Vater sollte im Gefängnis sitzen, statt mit seinen Gifttränken Geld zusammenzuraffen.“

Endlich hatte er vollkommen der Mut finken lassen. In diesem Zustande kann der Mensch nicht mehr emporkommen. Alle Menschen treten ihn da mit Füßen.

Das Elend kam, das schwarze Elend. Der alte Straßenverkäufer, der früher aus der Vorstadt Montmartre, die Taschen mit Frühlingsfrüchten vollgepackt, heimkehrte, hatte jetzt keinen einzigen Sou. Es war Winter. Aus fernem Winkel verjagt, schloß er nun im Wagenstuppen, unter dem Wagen.

Nachdem es keinmal einen ganzen Monat geregnet hatte, waren die Abzugskanäle verstopft und der Wagenstuppen war ganz überflutet.

Der alte Mann saß zusammengesauert auf seinem Karren über dem stinkenden Wasser, in Gesellschaft von Ratten, Spinnen und hungrigen Käsen, und bristete in der Finsternis vor sich hin. Da er den ganzen Tag nichts gegessen und sogar keine Sade mehr zum Zubeden hatte, so gedachte er der Tage, wo ihm der Staat Wohnung und Nahrung gab. — Er beneidete die Gefangenen um ihr Schicksal, weil sie nicht von Hunger und Kälte zu leiden hatten, und es kam ihm plötzlich der Gedanke:

„Jetzt kenne ich ja das Mittel; warum sollte ich es mir nicht zunutze machen?“ Er stand auf und ging auf die Straße. Es war nicht später als elf Uhr. Das Wetter war dunkel und feucht. Ein frostiger durchdringender Nebel zog durch die Luft, ärger wie jedes Regenwetter. Die wenigen Fußgänger auf der Straße drängten sich nach zu den Wänden.

Crainquebille ging an der St. Gatharuskirche vorbei und bog in die Montmartrestraße ein. Diese war ganz leer. Ein Beschützer der Ordnung stand am Trottoir, vor dem Kirchengang, unter der Gaslaterne; um das Gaslicht herum konnte man sehen, wie der kleine Regen spritzte. Der Schuhmann war in eine Kapuze gehüllt und sah ganz durchfroren aus. Blicke

deshalb, weil er das Licht dem Dunkel vorzog oder weil er einfach müde vom herumgehen war, stand er ganz unbeweglich bei seinem Kandelaber, wie an der Seite eines guten Freundes. Die zitternde Gasflamme war seine einzige Unterhaltung in der finsternen, menschenleeren Nacht. Seine Unbeweglichkeit war gar nicht menschenähnlich. Die Abbiegung seiner Stiefel auf dem nassen Trottoir, das in einen See umgewandelt war, gab ihm von der Ferne das Aussehen eines gigantischen Amphibiums, das halb aus dem Wasser reichte. In der Nähe betrachtete er den Schuhmann mit seiner Kapuze einem Mönche oder einem Soldaten ähnlich. Die großen Züge seines Gesichtes, die von der Kapuze beherrscht noch größer erschienen, waren ruhig und traurig. Er hatte einen kurzen, düster und bereits ergrauten Schnurrbart. Es war ein alter Sergeant, der seine vierzig Jahre haben mochte.

Crainquebille hatte sich ihm ganz leise genähert und sagte mit zitternder, schwacher Stimme:

„Lod den Kühnen!“

Dann martete er auf die Wirkung dieser mysteriösen Worte. Aber die Wirkung blieb aus. Der Schuhmann stand schweigend und unbeweglich da mit gekrümmten Armen unter seinem kurzen Mantel. Seine weitgeöffneten Augen, die in der Dunkelheit leuchteten, blinzelten aufmerksam, traurig, mit einer gewissen Verachtung auf den Alten. Crainquebille war verwundert, aber immer noch einen Rest von Entschlossenheit im Herzen, martelte er:

„Das war ja Ihnen gesagt: „Lod den Kühnen!““

Ein lautes Schreien folgte, während welchem nur das leise Klacken des Regens hörbar war und ringsherum tiefe Finsternis herrschte. Endlich ließ sich der Schuhmann hören:

„Das sollten Sie nicht sagen. . . Ich sag Ihnen ganz ernst, das sollten Sie nicht sagen. In Ihren Jahren sollte man mehr Erfahrung haben. . . Gehen Sie Ihren Weg.“

„Warum arretieren Sie mich denn nicht?“ fragte Crainquebille?

Der Schuhmann schüttelte den Kopf unter seiner wasser Kapuze:

„Wollte man alle Grabsäue einfließen, die einem lagert, was sie nicht sagen dürfen, da gäbe es gar viel zu tun! . . . Und wozu wäre dies gut?“

Crainquebille, der von solch großmütiger Herabachtung ganz niedergedrückt blieb, stand verwirrt und stumm mitten in einer hohen Wüste da. Aber ehe er wegging, wollte er sich noch erklären.

„Es war ja nicht Ihnen gesagt, auch sonst niemandem. Ich hab's gesagt, weil ich einen gewissen Zweck dabei hatte.“

Der Schuhmann gab ihm streng und ernst seine Antwort:

„Alles eins, ob sie irgendeinen Zweck dabei hatten, oder ob es einem anderen galt, man darf ja etwas nicht reden, denn wenn ein Mensch seine Pflicht erfüllt und dabei gar manches zu leiden hat, so soll man ihn nicht unnützlich beleidigen. . . Ich wiederhole Ihnen, Sie sollen Ihren Weg weitergehen.“

Crainquebille ließ den Kopf sinken und verschwand, die Arme schwingend im Dunkel der Nacht.



Ausgaben hielten sich damals ziemlich die Waage. Mit dem Sinken der Markt und mit der steigenden Teuerung verschlechterte sich aber die Finanzlage Lübecks. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß der größte Fehlbetrag teilweise auf geringere Reibungsüberweisungen zurückzuführen ist. Der Anteil, den Lübeck aus der Einkommensteuer vom Reich zu erwarten hatte, ist nicht in der vorgesehenen Höhe eingegangen. Das kommt daher, weil die Einkommensteuer nicht den erhofften Ertrag gebracht hat. Hier muß das Reich endlich fester zugreifen. Es kann nicht angehen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamte ihre Steuern reißlos zahlen, während viele Industrielle, Geschäftsleute usw. mit ihren Zahlungen im Rückstande sind. Es ist schon schlimm genug, wenn sich die bemitteltesten Kreise möglichst vom Steuerzahlen drücken, noch schlimmer aber ist es, daß tatsächlich viele dieser Herrschaften noch keine Steuerzahlungsaufforderung für das Jahr 1920 erhalten haben. Während also die Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Steuern reißlos bezahlt haben, sind von den Finanzministern Milliarden Steuerbeträge nicht einmal angefordert worden. Das ist ein Zustand, der endlich beseitigt werden muß. Die Finanzämter sind ja aber mit Arbeiten überlastet. Das mag schon stimmen, nur darf man nicht fragen, mit welchen Arbeiten. Dort, wo ein paar Kröten zu holen sind, greifen sie schleunigst zu, wo aber Hunderttausende und Millionen in Frage kommen, mangelt es an dem schiellen Zugreifen. Ist es nicht lächerlich, wenn man hören muß, daß Steuerbeamte sich bei Hausbesuchen zwecks Versteuerung nach dem Wert der Reibungsnachschüsse erkundigen, oder wenn durch Zeitungsartikel der Verkauf einer Aktiendividende angeordnet ist, sofort in die betreffenden Häuser laufen, um die Umsatzsteuer zu erheben? Das heilige Finanzamt sollte seinerzeit einschneidende Nachforschungen an über die während der Nordischen Woche erfolgten Zimmervermietungen durch Privatleute. Es wärde also sorgsam darüber, daß ihm kein Pfennig an Steuern verloren geht. Ja, ja, der Verzweiflung hat seine Wille! Es wäre doch wohl weit besser und im Interesse des armen Reiches dringend nötig, zunächst einmal die bereits 2 Jahre rückständigen großen Steuerbeträge einzuziehen. In Kleinigkeiten aber scheint man bei den Finanzämtern groß zu sein. Jeder soll natürlich seine Steuern zahlen, die zu zahlen sind. Wäre das geschehen, so brauchte das Reich keine neuen Steuern, die Finanzsamkeit wäre behoben. Durch die nicht erfolgte Steuererhebung hat das Reich durch die Entwertung des Geldes unermessliche Schäden erlitten; denn 1920 hätte das Geld noch mindestens den dreifachen Wert. Wir wissen, daß Lübeck und andere Staaten beim Reich die Beschleunigung der Steuererhebung wiederholt gefordert haben. Leider waren alle Bemühungen vergebens.

Lübeck's Finanzen sind gegenwärtig zwar scharf angesetzt, trotzdem ist die Lage aber keineswegs. Es ist der feste Wille und auch die Möglichkeit vorhanden, in nächster Zeit die Finanzstricke zu lockern. Das beweisen ja auch die Vorläufe der Finanzbehörde. Lübeck hat stets auf gesunde Finanzverhältnisse großen Wert gesetzt. Es steht im Vergleich zu manchen anderen Staaten finanziell nicht schlecht da, wie folgende Aufzählung beweist:

Das Vermögen Lübeck's. Nach der von der Stadtkasse zuletzt angefertigten Vermögensrechnung betrug das Vermögen der freien und Hansestadt Lübeck am 1. April 1920 . . . . . M. 462 756 290,12	Die Schulden betragen: . . . . .
Arbeitslohn . . . . . M. 194 700 120,99	Erwerbslohn, feststehende Renten und Rückstellungen . . . . . 2 648 549,63 = 197 348 670,67
Einmalige Vermögensgegenstände . . . . . M. 265 407 819,45	Es sind in die Bilanz eingeschließt:
die Betriebsmittel (Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Straßenbahn usw.) mit rund M. 92 120 000,—	• Stadtgüter und Landbesitz mit rund . . . . . 31 120 000,—
• Kassen und Moore mit rund . . . . . 31 120 000,—	• Grundstücke mit Gebäuden mit rund . . . . . 55 877 000,—
• Lagerplätze und zur Lagerung geeignete Landereien . . . . . 12 813 000,—	• Baulöcher und zur Bebauung geeignete Landereien . . . . . 17 627 000,—
• Baulöcher für Industriezwecke . . . . . 16 019 000,—	• Wälder, Wiesen und Gärten . . . . . 10 623 000,—
• Strom- und Kanalbauten mit . . . . . 46 592 000,—	Die eingeschätzten Werte bleiben in vielen Fällen unter dem Schätzungswerte, der sich inzwischen um ein bedeutendes erhöht hat.

### Neue Zeitungsnot.

Wir haben unsere Lesern wiederholt Mitteilung gemacht über die ungeheure gestiegenen Produktionskosten für Zeitungen. Die am 1. Januar eingetretene Erhöhung des Bezugspreises ist mehr als berechtigt. Bei unseren Berechnungen wurde eine Papierpreiserhöhung auf 5 Mark pro Kilo ab 1. Januar angenommen. Im Jahre 1914 kostete 1 Kilo Zeitungspapier 21 Pfennig. Ende 1921 40 Mark. Der 5-Mark-Preis würde gegen den Preis in der Vorjahreszeit eine Steigerung auf das Zwölfte, gegen den Preis Ende 1921 eine plötzliche Erhöhung um fast 50 Prozent bedeuten haben. Aber selbst bei den fabelhaft hohen Preisen soll es nicht bleiben. Unsere Geschäftsleitung erhält die Nachricht von einem Papierlieferanten, daß das Zeitungspapier ab 1. Januar 7,62 Mark pro Kilo kostet.

Es wird dabei bemerkt, daß seit Wochen Verhandlungen zwischen Vertretern der Verlegerorganisationen und der Druckpapierfabriken im Reichswirtschaftsministerium über den Papierpreis stattgefunden haben. Das Reichswirtschaftsministerium hofft immer noch, die Zellstoff- und Holzstoff-Fabrikanten zu einem Nachgeben in der Preisforderung zu veranlassen. Bis zum Abschluß der Verhandlungen wird aber noch einige Zeit vergehen. Die Presse muß also jetzt den hohen Preis bezahlen. Da gibt es kein Ausweichen, kein Abhandeln. Die Zeitungen müssen noch Jagd auf das Papier machen, denn alle leiden Mangel daran. Vom Lieferanten wird um telegraphischen Bescheid ersucht, ob das Papier angenommen wird oder nicht. Die Zeitung muß annehmen, sie kann nicht ablehnen.

Nicht Aussicht auf Preisermäßigung besteht leider nicht. Das wichtigste Rohmaterial für die Papierproduktion ist Holz. Im Holzhandel herrscht aber wieder die wildeste Preistreibererei. Zum Beispiel wurden bei der Holzverfeinerung im Frankfurter Stadtort in Sachsen die zur Papierherstellung geeigneten Stämme mit 600 bis 700 Mark pro Festmeter bezahlt. Vor wenigen Wochen betrug der Preis noch 200 Mark. In diesem wilden Spiel der Spekulation kann die Presse, die nicht starken Rückhalt hat, sich nicht behaupten.

Die deutschen Buchdruckerorganisationen richten an den Verbandsvorstand das nur zu berechtigte Verlangen, daß er sofort Schritte bei den Reichsbehörden einleitet, um den ungeheuren Preistreibererei im Zeitungspapier Einhalt zu tun. Den Preistreiberern die notwendigerweise zum Zusammenbruch besonders der Zeitungen führen müssen, die sich vorbestafflos in den Dienst des neuen Staates stellen. Die der Republik feindlichen Zeitungen werden von kapitalkräftigen Personen und Gesellschaften finanziert und kommen infolgedessen leicht über die Schwierigkeiten hinweg. Leider werden diese Unternehmungen in Verkennung der Tatsachen auch noch von der breiten Masse der Bevölkerung unterstützt.

### Schöffengericht.

Jugendlicher Leichtsin. Der Volontär B. mußte sich am Dienstag wegen Unterschlagung verantworten. Er hatte von Kunden seines Prinzipals, des Kaufmannes D., 6461 Mark einbehalten und das Geld unter dem Einfluß hoher Weiblichkeit in leichtsinniger Weise verjubelt. Das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis. Gleichzeitig wurde mit einer Bewährungsfrist von drei Jahren auf bedingte Begnadigung erkannt. Ein leucres Vergnügen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gegen die beiden Kontrollmädchen K. und L. wegen Diebstahls verhandelt. Es werden beschuldigt, einem Herrn, der am 28. Dezember im „Süden“ eingekauft war, 4000 Mark aus der Brusttasche gestohlen zu haben. 2000 Mark wurden später von der Kriminalpolizei im Koffer der K. versteckt vorgefunden. Es konnte nicht festgestellt werden, ob tatsächlich 4000 Mark gestohlen worden sind, da der betreffende Herr, der schon in verschiedenen Lokalen geschäftlich hatte, nur anweisen konnte, daß ihm von seinen dreizehn braunen Schreibern vier aus der Brusttasche verschwunden waren. Die Angeklagte K. gab den Diebstahl von 2000 Mark zu, während die L. die bei dem Diebstahl zugegen war, jegliche Beteiligung in Abrede stellt. Letztere wurde freigesprochen. Die K. erhielt drei Monate Gefängnis. Wegen Diebstahls und Hehlerei erhielt der arbeitsträge Monteur C. sechs Wochen Gefängnis. Die Hehlerei wurde darin erblickt, daß er einen gestohlenen Magneten durch Einschlagen einer anderen Nummer unkenntlich gemacht und der Firma, die ursprünglich den Magneten geliefert hat, wieder verkauft. Der Angeklagte will den Magneten von einem Bremer Schiffer an der Burotorbrücke erworben haben. Es wurde aber festgestellt, daß ein solcher Schiffer weder in Bremen wohnt, noch in Lübeck jemals anwesend war. Seinem Arbeitgeber hat C. ein Fahrrad entwendet. Der Angeklagte will dieses Rad wesentlich mitgenommen haben. Das Gericht hielt aber Diebstahl und Hehlerei für erwiesen und erkannte auf die vorgedachte Strafe. Ein Unglücksfall auf dem Hochofenwerk fand darauf zur Verhandlung. Angeklagt ist der Lokomotivführer G. wegen fahrlässiger Tötung. Er hat am 16. August v. J. mit seiner Maschine den 65jährigen Arbeiter angefahren, wodurch dieser den Tod erlitt. Neben dem Vorfall haben wir leinerzeit berichtet. G. erklärt, schuldlos zu sein, da er vor der Abfahrt vorchriftsmäßig Signale abgegeben hat. Die Lokomotive war mit irrischem Dampf gefüllt worden und befand sich in langsamer Fahrt zur Sammelstelle. Plötzlich hörte G. einen Schrei, worauf er die Maschine sofort stoppte. K. war anscheinend angefahren worden, hatte aber keine äußeren Verletzungen erlitten. Trotzdem ließ der Berufslöcher bald darauf. Das Gericht hielt eine fahrlässige Handlung nicht für erwiesen und erkannte auf Freisprechung.

An unsere Leser! Wegen eines Defektes an der Rotationsmaschine gelangte am Dienstag ein Teil der Auflage des Lübecker Volksboten verspätet zur Ausgabe. Wir bitten unsere Abonnenten deshalb um gütige Nachsicht.

Die Entschädigung für Auslandschäden. Mit dem 1. Januar 1922 ist die Entschädigungsordnung für den Bereich der Gewalttätigkeitsgesetze (Kolonialschäden, Verdrängungsschäden- und Aus-

landschädigung) in Kraft getreten. Wer als Inlandsdeutscher einen Schaden im Ausland durch Raub, Plünderung, erzwungene Verschleuderung usw., d. h. durch irgend eine Gewalttätigkeit erlitten hat, muß diesen Schaden nunmehr für die endgültige Entschädigung bei der zuständigen Zweigstelle des Verbandes der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen e. V. anmelden. Die Ausschlußfrist für die Anmeldung läuft am 30. Juni 1922 ab. Die Zweigstelle Hamburg, Steinplatz 5, ist u. a. zuständig für Anmeldungen Inlandsdeutscher, die ihren Wohnsitz haben in Lübeck, Bromberg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin, dem oldenburgischen Landesteil Lübeck, Mecklenburg-Strelitz und Land Rügen. Eine eingehende Darstellung des ganzen Verfahrens und Erläuterung der Entschädigungsordnung nebst wichtigen Nebenbestimmungen enthält das im Verlag von Hermann Sack, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 112, erschienene Werk: „Die Entschädigungsregeln“ (von Rechtsanwalt Weck), Band I: Verfahrensvorschriften und Nebenbestimmungen.

Von der Schiffsahrt. Das amerikanische Schiffsfabrikationsabkommen mit der Hagapag. Der zurzeit in Hamburg amwende Präsident Harriman-Ligite, Avritt Harriman, gewährt einigen Vertretern eine Unterredung, über die wir dem „Hamb. Fremdenblatt“ folgendes entnehmen: Als Hauptgrund seiner Anwesenheit in Europa bezeichnet er den Erwerb der holländischen Dampfer. Mit diesen Schiffen soll auf Grund des Abkommens, das Harriman mit Geheimrat Cuno getroffen hat, der beiderseitige Passagierverkehr aufgenommen werden. Die beiden Schiffe „Limburgia“ und „Batavia“, die Harriman gekauft hat, stellen nach seiner Auffassung das Modernste dar, was die Schiffbaukunst geleistet habe. Dieses Lob kann der deutsche Schiffbau für sich buchen, handelt es sich doch um die früheren deutschen Dampfer „Johann Hinrich Burghard“ und „William O'Swald“. Diese jetzt unter amerikanischer Flagge fahrenden Dampfer werden schon in diesem Frühjahr die Fahrt nach den Vereinigten Staaten aufnehmen. Die erste Abfahrt findet am 11. April statt, die zweite am 2. Mai; dann wird ein regelmäßiger vierzehntägiger Dienst aufrechterhalten unter Anlauf von Kanalhäfen. Dieser Dienst erfährt eine Ausgestaltung in eine Wochenverbindung, wenn die beiden sogenannten Präsidenten-Dampfer, die die Hamburg-Amerikanische Linie bei Blohm & Ross in Bau hat, die Dampfer „Deutschland“ und „Albert Ballin“, fertiggestellt sein werden. Dann sind vier erstklassige Passagierdampfer in dieser Fahrt, die mit ihrer Schnelligkeit von 17 Knoten eine zehntägige Überfahrt nach New-York ermöglichen. In diesem Dienst wirkt die neue Abkommen zwischen Harriman und Hagapag aus. Die neue Möglichkeit der Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland wurde von Harriman besonders begrüßt. In diesem Zusammenhang sprach sich Harriman noch näher über das Abkommen zwischen beiden Gruppen aus. Auf beiden Seiten besteht, wie Harriman besonders unterstrich, der feste Wille, es durchzuführen und es auszugestalten in derselben Auffassung, in der es abgeschlossen worden ist. Jedenfalls werden beide Vertragsparteien in künftiger enger Zusammenarbeit bleiben. Auf diese Weise werden sich in Zukunft Ausweitungsmöglichkeiten über die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ergeben, die für beide Länder vorteilhaft sein werden. — Die amerikanische Schiffstonnage. Nach den letzten Meldungen aus New-York beträgt die Gesamttonnage der amerikanischen Handelsflotte mit Ende des letzten Rechnungsjahres 18 282 163 Tons. Die Zahl der Schiffe betrug 28 012, also rund elfmal so viel wie 1914. Von den Schiffen sind 5951 mit einer Tonnage von 11 077 386 Tons für den Außenhandel angemeldet. Im Rechnungsjahr wurden 1361 Schiffe mit 2 265 195 Tons gebaut. Von dem Schiffspersonal waren weniger als die Hälfte, genau 48,3 Prozent, amerikanische Staatsangehörige.

Nägarner-Wucher. Die in den Kartellen zusammengeschlossenen Unternehmer benutzen heute rücksichtslos ihre Macht um die freie Konkurrenz und den freien Handel gänzlich auszuschalten. Es herrscht eine rücksichtslose Preisdiktatur, unter der der Verbraucher, besonders die armen und minderbemittelten, schwer zu leiden haben. Ein charakteristisches Beispiel dieser Preisdiktatur finden wir in Nr. 1165 der „Deutschen Konfektion“. Darin beschwert sich ein Nägarnerkäufer über die Vertriebsgesellschaft deutscher Näharbeiterfabrikanter. Dieses Kartell der Nägarnerfabrikanter hat angeordnet, daß nur zu den Tagespreisen Bestellungen angenommen werden dürfen. Die letzte Preisliste weist für eine Rolle Garn einen Aufschlag von dreizehn Mark auf. Sie kostete bisher 25 Mk. und wird in Zukunft nur für 38 Mk. zu kaufen sein. Der Garnpreis ist damit auf das 150fache des Tagespreises erhöht worden. — Der Berliner Oberbürgermeister erließ kürzlich einer Notruf, in dem gesagt wurde, daß ein heubedeutender Teil der großstädtischen Bevölkerung nur noch in Lumpen herumlaufe. Sie haben wirklich nichts mehr anzuziehen. Wenn die Rolle Garn 38 Mark kosten soll, dann wird es den Armen nicht einmal mehr möglich sein ihre Lumpen zu flicken. Aber der Profit des Kapitals wird gestärkt. Und das ist doch wohl die Hauptsache.

pb. Raucherkliebsdiebstahl. Nachdem in der Nacht zum 5. d. Mts bereits aus einem Rauchhause in Kropfenborn etwa 40 Wertstücke gestohlen waren, sind in vierhundert Nacht aus demselben Rauchhause mittels Einbruches wieder verschiedene Raucherwaren gestohlen worden. Vor Ankauf der Waren wird dringend gewarnt.

## Annette von Droste-Hülshoff.

Am 12. Geburtstage am 10. Januar.  
Von Frieda Rudolph-Staubig.

Sie ist ja nicht ein Kind aus dem Volke. Ihre Wege stand in einem hohen Adelsschloß. Vorurteile und strenge Sitten machen in allen Winkeln, den reinlichenden Raum des alten Geschlechtes zu bewahren. Lauter gewöhnliche teils wassertragende teils im Dienste der Kirche stehende Männer, lauter Brautgastgeber, würdevolle Bedienten waren die Frauen, die vor 125 Jahren auf des zu früh geborenen, äußerst zarte Mädchen niederhielten. Ne es schick, als wolle es gleich in ihre bleichen Kleider treten und garnicht erst den Kampf mit dem rauhen Leben aufnehmen. Aber eine sorgfältige Pflege brachte es doch zustande, das flackernde Lichtlein zu festem Leuchten zu entfachen.

So blühte das junge Menschenkind heran und keiner ahnte, was wunderbare Glut in diesem zarten Seelchen verborgen schlummerte. Nicht einmal das Mutterauge, das doch sonst in allen Winkeln der Kindererziehung zu lesen versteht, sah es. Aber da war die halbe Adelserziehung schon, die von Generation zu Generation ihre Kette harter Tradition und Eitelkeit wand und alles unterdrückte, was freies, lebendiges, glückseliges Entfalten war. So fügte die Mutter denn, selbst Gevorgene, ein neues Glied dieser Kette zu und wachte streng und ernst, daß ihre Kinder stützen und wohlgezogen heranwachsen. Nicht einmal das zarte Mädchen wurde vernachlässigt.

Und gerade um war es so schwer, sich in das strenge Gefüge einzufügen; denn da drinnen in der Brust pochte und klopfte ein Glas, das Stimme werden wollte, das seine Wege gehen wollte und das keine Zucht, Manchem schenken die schwerden, über großen Mann Kindererziehung über die tugendhaften Mannern des vaterlichen Schloßes hinweg in das Kinderland einfacher Volkstüder. Da häßliche Klage klangen über den Weizenroggen oder wahren durch überne Mädchen. Da trugen die Frauen die Kleinen Handspindel und waren so schrecklich ausgelassen, so wunderbar frei und ungehindert, daß dem kommenden Schicksal dabei wunderbar uns Herz wurde. Schnell, wie ein Eschen lag es dahin. Ihren Spielgenossen haben und auch so ausgelassen sein! Das

jüngere Brüderchen trollte lustig mit ihr davon. Weit hinten im vaterlichen Garten, verborgten von Hecken und Strauchwerk, ward es verjagt. Die Schuhe und Strümpfe aus und janzend im Graze gefangen.

Das war Annettes erstes erlebtes Gedicht. Freilich, die Schattenseite blieb nicht aus. Die Mutter kam hinter diese „niederen“ Spähe. Ihr in strenge Formen erhartetes Anstandsgefühl war zerbrochen und die kleinen Uebelthäter mußten stundenlang dafür im dumpfen Schutraum in der Ecke stehen und dursteten sich nicht rühren.

Was wunder, wenn da das junge Menschenkind schon alle dichterischen Regungen in sich verbarg. Wenn es ängstlich diesem heimlichen Sagen und Klängen im bangen Herzen lauschte. Aber so ein Götterjunge fragt nichts nach Kette und Tradition, der glück eben wie es ihm gefällt und bricht sich Bahn. Die achtjährige Annette muß eben singen, ob es nun den arderen gefällt oder nicht. Ein kindlich Liedlein, das sie mühselig niederschreibt:

Komm liebes Mädchen, komm heran  
und triff aus meinen Händen;  
nun komm da lieber kleiner Mann,  
daß sie's dir nicht entwehden.

Jüngchen möchte sie, tanzen ab dieser Lat. Aber wie ein Schopf durchfährt es die fetten Glieder: was würde die Mutter sagen? Anstehen oder belächeln? Keines von beiden hätte das ärmliche Kinderherz ertragen. Versteht sie dieses Erstlingswerk. Der hohe, finstere Turm war ein höherer Wächter. Jungs klagen die jungen Fische die wackligen Entge finan. Unheimlich war es ja und gepenstig, die großen Augen schauten ausstroll in die Stille. Aber es galt ja, ein Heiligum zu bewahren, das magte Mut. So ging's denn bis hoch unter den Fahnenballen, dort wurde dieses erste Gedicht verfaßt. Der Wetterhahn verriet gewiß kein Wort davon. Noch in späteren Jahren sagte die Dichterin darüber:

Es war — ich irte nicht —  
in Goldpapier geschloßen  
mein allererstes Gedicht —  
mein Lieb vom Mädchen, was ich  
so früh gemacht, heißt  
nich so gekannt, und das ich  
der Ewigkeit anvertraut.

Diese Episode ist so bezeichnend für Annette von Droste-Hülshoffs ganzes Leben. Erst im letzten Jahrzehnt, als sie die vierzig Jahren übertritten, wagte sie es, so recht aus der Fülle ihres reichen Innenlebens zu schöpfen und sang uns Lieder, die zu den schönsten der deutschen Literatur gezählt werden dürfen. Was sie vorher dichtete, waren Schilderungen, Balladen, die alles Subjektive in den Hintergrund drängten und mehr ein reines, tiefstimmiges, objektives Beobachten waren, durchdrungen von Schönheit und Melodie. Manchmal ja brach sich das gewaltige Sehnen Bahn und ging seine eigenen Wege. Erquickend und ergreifend klingt es zu uns, wenn wir von der Zwölfjährigen mitten in einer schönen Saitenberührung abendlicher Stille plötzlich lesen:

Sage, wo wohnt das Glück, wo wohnt die Ruhe des Herzens,  
wohnt es im goldnen Pelos, wo wohnt es im fürstlichen Saal?  
Ach, da herrscht der Reib, da herrschen der Eiferlust Säreden,  
Dort kann nicht wohnen das Glück, wo Bruder den Bruder  
nicht liebt!

Dieser Schrei eines in Fesseln ringenden eben erwachenden Talentes wurde kaum verstanden. Ja, Annette paßte sich selbst ganz ihrer traditionellen Erziehung an. Ihr erster Liebestraum, der sie mit einem jungen, begabten Arzte verknüpfte, war das selbstverständliche Opfer, das sie ihrem hohen Ahnenblute brachte. Viele, die die Dichterin aus ihren Werken beurteilen, glauben in ihr ein Menschenkind zu sehen, dem gewaltige Stürme und festliche Erquickungen erspart geblieben waren, ein Menschenkind, das aus der Stille und der Tiefe seines Gemütes die Lieder schöpfte. Aber diese vielen gingen irr. Sie wußten nicht, wie ebern die Ketten waren, die die Erziehung um dieses zarte Wesen schlängelt.

Sehr lange hielt die Dichterin dem Leben nicht stand. Kurz nach ihrem 51. Geburtstage erlag sie einem Herzschlag. So oft ich ihre Gedichte zur Hand nehme, so oft ist ihr lodenunruhiges, sinnendes Antlitz betraucht, immer klingt mir der Ruf ihrer Kindheit:

Sage, wo wohnt das Glück! Wo wohnt die friedliche Ruh?  
Suche das Glück in dir selbst, der Zufriedenheit, such's bei den  
Musen,  
dem, der's im Bufen nicht trägt, gibt es das Irdische nicht!



## Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

**Verein Arbeiter-Jugend.** Donnerstag abend 7 1/2 Uhr Ortsvorstandssitzung im Zentralheim.

**Sansa-Theater.** Heute Mittwoch sowie morgen Donnerstag: „Die Taktige Witwe“. Freitag als 7. Vorstellung im Freitags-Abonnement „Das Fräulein vom Amt“.

**Stadttheater.** Donnerstag zum ersten Male: Wenn wir Toten erwachen von Henrik Ibsen. Freitag Bohengrin in derselben Besetzung wie bei der Erstausführung, bis auf die „Ordnung“, die von Fräulein Matton gesungen wird. Sonnabend zum letzten Male: Peer Gynt.

**Blatt. Volksgill.** De Maten ward nochmal up den Theaterabend von uns Speeldeel. Donnerstag Kloek 1/8 in't Kolosseum, hennist. Geben word Hoofdoor sin schone Komedi „Kramer Krag“.

**Einen Vortrag über die Grippe und deren Vorbeugungsmaßnahmen** hält am Donnerstag, dem 12. Januar, abends 8 Uhr Herr Dr. med. Sie rig in der Aula des Johanneums. (Siehe Inserat.)

## Angrenzende Gebiete.

**Gen. Ein bedauerlicher Unglücksfall** passierte Freitag nachmittag auf der Straße vom Bahnhof Buerdorf nach Rebdingsdorf. Von einem Fuhrwerk des Herrn Bruns-Rebdingsdorf, welches vom Bahnhof nach Hause fuhr, wurden die Pferde durch die Injassin, Fräulein Grote aus Malente, welche zu Besuch auf Rebdingsdorf erwartet wurde, herausgeschleudert und schwer verletzt. Der Kutscher erhielt leichtere Verletzungen.

**Hamburg.** Gröffnung des Bligfunkverkehrs Berlin—Hamburg. Dienstag ist der versuchsweise eingeführte Bligfunktelegraphverkehr zwischen Berlin und Hamburg, bei dem es sich darum handelt, innerhalb der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags Telegramme von ganz besonderer Wichtigkeit mit großer Schnelligkeit zu übermitteln, durch das nachstehende Telegramm eröffnet worden: „Bligfunk Hamburg, Dankbetschreibenpräsident, Hansa 1467. Gröffnung hierdurch probeweise Bligfunkdienst Berlin—Hamburg und erhoffe durch neue Einrichtung schnellste Beförderung wichtiger Nachrichten.“ Staatssekretär Dr. Bredow. Das Telegramm wurde um 9 Uhr vormittags beim Haupttelegraphenamt Berlin 24 aufgegeben, um 9.03 Uhr brahlos nach Hamburg befördert, um 9.05 Uhr durch die Funkstelle des Telegraphenamts Hamburg bestätigt und war 9.10 Uhr dem Empfänger zugesprochen.

## „Gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten“.

So heißt ein Buch, das Genosse Dr. Max Quark im Verlage von Hans Robert Engelmann, Berlin, hat erscheinen lassen. Er nennt es selbst in seinem Vorwort einen Ruf nach einer zellsicheren, auf neuzeitlichen Erkenntnissen begründeten Bevölkerungspolitik. Das Buch gibt ungefähr das Referat wieder, das Genosse Quark auf dem Bevölkerungspolitischen Kongress zu Pfingsten 1921 in Köln a. Rh. erstattete. In dankenswerter Weise hat der Verfasser drei Gesetze oder Entwürfe zur Kenntnis und zum Vergleich gebracht: den deutschen und französischen Entwurf eines Gesetzes gegen die Geschlechtskrankheiten und den Züricher Regierungsbefehl vom 2. Oktober 1920, der die direkte Anzeigepflicht einführt.

Ganz mit Recht geht Dr. Quark von der Tatsache aus, daß die höchsten sanitätlichen Reichsstellen viel zu langsam arbeiten und daß dem Reichsgesundheitsamt allein nicht die Verarbeitung des sehr umfangreichen Zahlenmaterials zugemutet werden kann. In einer Fußnote macht Quark die Feststellung, daß eine Genauigkeit der Zahlen ausgeschlossen sei. Diese seien 1 1/2 Jahre nach den Erhebungen ein „vorläufiges Ergebnis“, d. h. das „vorläufige Ergebnis“ ist inzwischen total veraltet. Das ist natürlich ein beklagenswerter Zustand, der dringend der Abänderung bedarf. Denn bei der furchtbaren Versuchung unseres Volkes muß alles getan werden, um die vielerlei Uebel wirklich von Grund auf zu bekämpfen.

Das sehr empfehlenswerte Buch ist von einem Fachmann geschrieben. Dr. Quark hat in jahrelanger Arbeit ein Gebiet durchforstet, über das auch bei uns in der Partei noch viel Unklarheit und auch Unkenntnis herrscht. Darüber besteht wohl kein Zweifel, daß den meisten Sozialisten der Begriff geläufig ist, daß die sozialen Mitleiden einen Zustand verschärfen, der zu allen Zeiten und in allen Formen der Gesellschaft vorhanden war: den Zustand der Prostitution. Die Art nun, wie mit den vorhandenen Gesetzen und Moralbegriffen dieser Zustand bekämpft wurde und wird, fordert die Kritik und den Kampf aller Sozialdemokraten heraus. Der Soziologe Quark ist wohl zunächst aus menschlichen Gründen Abolitionist. Die Anekdoten und Sklaverei besonders dieser Frauen hat in ihm einen Kämpfer gegen die elendeste Form der Frauenknechtschaft gefunden. Aber das Wertvollere ist, daß Genosse Quark auf Tatsachen fußt, mit denen er die ganze Anzulänglichlichkeit und Unsinngigkeit der offiziellen Prostitution, der Reglementierung erklärt. Mit Recht bezieht er sich auf Blaschke, der ja nachweist, daß die ungeheure Verbreitung der Geschlechtskrankheiten nicht ausschließlich zurückgeführt werden kann auf die verhältnismäßig geringe Zahl der eingeschriebenen Prostituierten, daß nebenher eben das ungeheure große Heer der heimlichen Prostituierten, die ebenso ungeheure große Zahl der „Nächtigen Verhältnisse“ und manches andere in Frage kommt. Nachdem der Verfasser im ersten Abschnitt an Hand von ungenauem Zahlenmaterial, das eher zu günstig als zu ungünstig erscheint, die ganze Anzulänglichlichkeit der bisherigen Erfassungsart zeigt, bespricht er im zweiten Kapitel die bisherige reichs- und landesgesetzliche Regelung. Wirklich werden die Ausführungen besonders dadurch, daß Quark auf die Anlage 2 verweist: Polizeiliche Vorschriften vom 1. Oktober 1902 für Groß-Berlin. Hier zeigt sich der ganze Widerspruch einer Maßnahme, die das Hygienische, als das Hauptzweck, hinter den unzähligen Wohn- und Aufenthaltsbestimmungen verschwinden läßt. Restlos überzeugend müßten nun aber für den hartgesottensten Anhänger der Reglementierung die Ausführungen sein, die Dr. Quark auf Grund seiner Erfahrungen während des Krieges und als Mitglied des 16. Ausschusses (der Bevölkerungspolitische) macht.

Im dritten und vierten Abschnitt wird dann der neue Entwurf eines Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten besprochen, den der Reichsminister des Innern schon am 10. März 1920 dem Reichsrat vorlegte, der aber jetzt länger als Jahresfrist dort noch nicht erledigt ist. Quark beklagt mit Recht, daß der Entwurf, der von Hand zu Hand geht, unsinnigerweise geheim gehalten und nicht, wie es so einfach wäre, im Reichsanzeiger zu jedermanns Kenntnis veröffentlicht wird.

Es ist nicht angängig, im Rahmen einer Buchbesprechung auf die vielen kritischen Betrachtungen einzugehen, die in gründlicher Weise an der Hand reicher Beobachtungen aus der abolitionistischen Bewegung an dem Entwurf gemacht werden. Das muß man nachlesen. Aber Dr. Quark kommt auch zu praktischen Vorschlägen, die er in Form von Leitlinien eingefügt hat, und die

# Reichstagspräsident Löbe über die politische Lage

In einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins sprach am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe über die politische Lage. Der große Saal und die Galerie waren dicht gefüllt. Aufmerksam lauschte die riesige Menge den trefflichen Worten unseres Genossen, der im wesentlichen folgendes ausführte:

An dem Tage, an dem eine deutsche Delegation unter Führung Dr. Rathenau nach Paris und Cannes ging, sollte es dem Letzten im deutschen Volk klar geworden sein, wie wichtig die internationale Politik und die internationale Lage ist. Die innere Politik und die innere Wirtschaft hängt im wesentlichen von der internationalen Lage ab. Sie ist entscheidend mit dafür, wie das Wirtschaftsleben wieder aufgebaut werden kann und die Zukunft unseres Volkes sich gestalten wird. Solange die uns auferlegten Verpflichtungen nicht auf ein erträgliches Maß herabgesetzt sind, ist ein Aufstieg und ein Ausbau der Sozialpolitik unmöglich.

Die Deutschnationalen und die sonstigen Volksfeinde tun nun so, als ob die Not und das Elend der Gegenwart durch die Revolution herbeigeführt worden sei. Wertlos bleibt, wird diese Unwahrheit sofort erkennen. Nicht die staatliche Umwälzung ist schuld daran, sondern das Elend ist eine Nachwirkung des Krieges, das sich auf fast alle Nationen erstreckt, die Völker diesseits und jenseits des Ozeans leiden unter den Folgen des Krieges. Auch Nationen, die keine staatliche Umwälzung durchgemacht haben, leiden heute fast ebenso wie wir. Frankreich und Italien sitzen im Franzosenland. In Amerika und vielen europäischen Staaten herrscht eine Arbeitslosigkeit, wie es selbst früher in den schlimmsten Krisenjahren nicht zu verzeichnen war. Also nicht die Staatsumwälzung oder gar die Sozialdemokratie ist schuld an den elenden Zuständen, sondern lediglich der Krieg. Nach einem solch ungeheuren Weltkrieg, der alles zertrümmerte, ist ein Ausgleich so schnell nicht möglich.

Die in Cannes geführten Verhandlungen sind daher für uns äußerst wichtig. Deutschland ist auf den Verkehr mit dem Ausland angewiesen. Es kann keine Bevölkerung mit den eigenen landwirtschaftlichen Produkten nicht ernähren, sondern es muß für seine Industrieprodukte die fehlenden Waren eintauschen. Durch den Krieg und die Tätigkeit deutscher Arbeiter, Ingenieure usw. halten wir vor dem Krieg eine hochentwickelte industrielle Produktion und einige Industrien, die alles in der Welt überragte. Mit Hilfe der Schiffahrt und der Kaufmannschaft ging der Warenaustausch von einer Nation zur anderen vor sich. Das deutsche Volk konnte sich eintragsmäßig ernähren und ernähren. Der Krieg legte die Produktion lahm und zerstörte den internationalen Verkehr völlig. So waren die Folgen und die Schrecken des Krieges unaussprechlich. Dazu kam, daß die Rechtsverhältnisse untergraben wurden; dem deutschen Kaufmann wurde im Ausland sein Vermögen genommen. Ganz fürchterlich wirkte im Verkehr die Entwertung des Geldes. Es trat eine Unsicherheit ein, die Handel und Wandel stark beeinträchtigte und dem Wucher- und Schiebertum die Bahn ebnete. Darum mußte die Politik der Regierung darauf gerichtet werden, Handel und Verkehr wieder herzustellen. Alle Vorwürfe der Deutschnationalen gegen diese Politik sind völlig unberechtigt. Nicht aus Lust, sondern unter dem Zwange der Verhältnisse hat sich die Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt. Wir waren uns völlig klar darüber, daß auf dem uns von der Monarchie hinterlassenen Trümmerfeld keine sozialistische Wirtschaft und keine blühende Nation so schnell aufgebaut werden konnte. Wenn die Sozialdemokratie in der schwersten Zeit die Regierung übernahm, so darum, um nach schlimmeres Elend zu verhindern. Damals sorgte alles nach Frieden und es galt zunächst Frieden zu schließen. Viele Schreier haben das heute leider vergessen. (Vielfaches sehr richtig!) Der Friedensvertrag wurde nicht unterschrieben, weil wir ihn für recht und erfüllbar hielten, sondern um schlimmeres, besonders aber den Einmarsch der Feinde, ins Ruhrgebiet zu verhindern. Nehlich lagen die Dinge in den späteren kritischen Zeiten. Wäre damals das Ruhrgebiet besetzt worden, so hätten in etwa 2 Wochen die Eisenbahnen den Betrieb einstellen und die Industrien ihre Werke schließen müssen, und in 6 Wochen müßten wir uns dann unter noch schärferen Bedingungen heugen. Es ist also heller Unsinn, wenn die Deutschnationalen nur von Demütigungen sprechen. Die deutschnationale Politik hätte uns gerade die ungeheuerlichsten Demütigungen gebracht. Wir müßten also zunächst in der Welt die unheilvolle Atmosphäre heftigen und den Veröhnungs- und Erfüllungs-willen zeigen.

In diesem Jahre ist nun eine Umkehr in der internationalen Politik zu erwarten. Der Anschluß Österreichs an Deutschland wird kommen. Das Kapitel der neuen Besetzungen und ungeheuerlichen Drohungen ist vorüber. Jetzt schlägt man schon eine andere Methode ein. Man verlangt Finanzkontrolle usw. Zum ersten Male konnte England gegenüber Frankreich und Belgien es wagen, eine Verminderung der Besetzung vorzuschlagen. Es steht zu erwarten, daß Teile des rheinischen Gebietes von fremden Truppen gefäubert werden.

Und wie steht es nun mit der Reparationszahlung? Da das ganze Gold der Erde nur 80 bis 90 Milliarden Mark beträgt, so war die Erfüllung der Forderung von 132 Milliarden Goldmark ganz unmöglich. Vorläufig ist aber die Zahlungsbedingungen der nächsten Jahre das Wichtigste. Eine Korrektur ist bereits in Cannes erfolgt. Anstatt 3 1/2 Milliarden sollen in diesem Jahre 2 Milliarden gezahlt werden. Davon 700 Millionen in Gold, das übrige in Waren. Es steht aber fest, daß Frankreich vorläufig diese Waren nicht alle verwerten kann, und so ist auch in den Sachleistungen mit einer Atempause zu rechnen. Die Erkenntnis dringt auch in Frankreich allmählich durch, daß ein Volk, wie das Deutsche, nicht gänzlich verarmen darf, da man selbst darunter schwer leiden würde. Die Vernunft

marshiert. Der erste Schritt zur Besserung ist getan und der zweite wird auf der Konferenz in Genua vorgenommen werden. Der Redner ging dann auf den niedrigen Stand der Mark ein, wodurch es Deutschland ermöglicht wird, seine Waren zu Höchstpreisen ins Ausland zu werfen. Alle Länder haben sich höhere Preise, Amerika sogar den fünffachen. Deutschland ist somit der gefährlichste Konkurrent auf dem Weltmarkt. England hat nun eingesehen, daß es so nicht weitergehen kann. Darum wird man in Genua versuchen, den Geldwert der Länder zu stabilisieren. Wenn das gelingt und die Mark einen festen Stand erreicht, wird Handel und Verkehr gefördert und im Inland eine reichliche Entwicklung Platz greifen. Nicht auf die Höhe der Mark, sondern auf die Festigung derselben kommt es vor allem an. Als Bedingungen stellt man uns, daß die Steuern nicht niedriger als in den Siegerstaaten sein dürfen, daß der Eisenbahn- und Postetat ins Gleichgewicht gebracht wird, und daß die Notenpresse ihren Betrieb einschränkt. Die Unterbilanz bei den Eisenbahnen ist übrigens nicht die Schuld der Eisenbahner, sondern sie ist eine Kriegsercheinung, die in allen Ländern, auch in Amerika vorhanden ist.

Die Politik, die bis zur Konferenz von Cannes führte, ist nun von rechts und links bekämpft worden. Sie war aber die einzig richtige. Wäre es nach dem Rezept Helfersich gegangen, dann hätten wir größeres Elend und die schlimmsten Demütigungen erdulden müssen. Schlagend und unter lebhafter Zustimmung zeigte dann Genosse Löbe, wie unsinnig und schädlich das Streben der Deutschnationalen nach Wiederherstellung der Monarchie ist. Er erinnerte daran, welches traurige Erbe uns die Monarchie hinterlassen hat. Fast zwei Millionen Deutsche sind im Kriege gefallen, die Millionen Witwen und Waisen hinterließen, die der Staat nun zu versorgen hat. Ungeheuer groß ist die Zahl der Krüppel, die ebenfalls versorgt werden müssen. Im Lande selbst sind viele an Unterernährung gestorben. Sieht man hat weite Kreise hefallen und die Geburten sind rapid zurückgegangen. Der Acker war ausgepövert, die Industrie und das Verkehrswesen zerrüttet. Das Volk war bettelarm, Hunderttausende hatten kein Geld mehr auf dem Leibe, 170 Milliarden Schulden lagen an Kriegsanleihe vor. 10 Millionen Soldaten waren aus dem Wirtschaftsleben gerissen worden und mußten nach Kriegsende plötzlich wieder in den Produktionsprozess eingereiht werden. Ferner mußte mit einem Male die Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft umgestellt werden. Die Lasten lagen voll Krüppel, die Unterhaltungen und die Schulden stiegen immer höher. Die völlige Verarmung zwang uns, mit der entwerteten Mark Lebensmitteln im Ausland zu kaufen, um den Hunger des Volkes zu stillen. Es waren Riesenaufgaben, vor denen die junge Republik stand. Es gehört schon eine ungeheure Portion Freiheit dazu, wenn die Deutschnationalen angeht dieser Dinge vorwürfe gegen uns erheben.

Auch von links sind wir angegriffen worden. Trotz der Meinungsverschiedenheiten sollte man aber versuchen, mit der MSP zu einer Einigung zu kommen. Leider können wir auf den Leipziger Parteitag der MSP in dieser Hinsicht keine großen Hoffnungen setzen. Die Unabhängigen haben aber durch ihr Verhalten uns gegenüber in den letzten Monaten bewiesen, daß uns keine prinzipiellen, sondern nur taktische Fragen trennen. Eine Einigung sollte also möglich sein.

Auders liegt es freilich bei den Kommunisten. Es mag gewiß einige ehrlich denkende Männer unter ihnen geben. Die Mehrzahl hat uns aber bisher mit rücksichtsloser Schärfe bekämpft. Der Weg, den diese Partei eingeschlagen hat, führt die Arbeiterklasse zweifellos ins Verderben. Das hat man bereits in Rußland eingesehen, und daher schlägt man dort nun auch andere Bahnen ein. In Deutschland sind die Kommunisten in vier Hauptgruppen gespalten, und die kleine Reichstagsfraktion ist in sechs Teile auseinandergefallen. Einer solchen uneinigen und ohnmächtigen Partei kann das Schicksal des deutschen Volkes niemals in die Hände gelegt werden. Der Redner verbreitete sich dann eingehend über die Verhältnisse in Rußland. Mit einigen kommunistischen Führern steht er in freundschaftlichem Verkehr. Selbst diese Wortkämpfer des Bolschewismus hätten von Rußland grauenvolle Elendsbilder entworfen. Es fehlt in Rußland an allem. Mangels aller Lehrmittel müssen die Kinder in der Schule mit Stöcken in den Sand im Rechnen unterrichtet werden. Auch Kopp, der Vertreter Sowjetrußlands, hat in Berlin in einem Vortrage kürzlich erklärt, daß bereits 160 000 Menschen durch Hunger gestorben seien und daß trotz aller Hilfe des Auslandes weitere 600 000 Menschen nicht mehr zu retten seien. Die übrigen Bilder, die der Redner von Rußland entrollte, zeigten weiter die Schrecken und Entbehrungen des armen russischen Volkes mit aller Deutlichkeit. Lenin habe nun endlich den Mut zu neuen Wegen gefunden. Der Kapitalismus und kapitalistischer Handel und Verkehr wird wieder in aller Form eingeführt. Auch die Bauern dürfen über ihre landwirtschaftlichen Produkte frei verfügen. Stinnes habe von dem russischen Vertreter Stassin den Auftrag erhalten, den Hafen von Petersburg in Ordnung zu bringen. Das habe Stinnes zunächst mit der Begründung abgelehnt, daß die russischen Arbeiter nicht frei organisiert seien, sondern unter dem Zwange der Regierung ständen. Darauf hat die Sowjetregierung sich bereit erklärt, Stinnes die Polizeigewalt über den Hafen von Petersburg zu übertragen. Stinnes steht nun wegen der Ausführung dieses Planes mit englischen und amerikanischen Kapitalisten in Verhandlung. Rußland steht heute nicht nur am Grabe seiner Hoffnungen, sondern am Grabe eines großen Volkes. Mit der Zukunft des Bolschewismus sei es für immer vorbei. Die alte Sozialdemokratie sei auf dem einzig richtigen Wege, der zur Erlösung des Proletariats führe. Wenn sich alle um das Banner der Sozialdemokratie scharten, würde es vorwärts und aufwärts gehen. (Stürmischer Beifall.)

Eine Ausprache fand nicht statt. Der Vorsitzende, Genosse P. Löwig, dankte dem Genossen Löbe für sein vorzügliches Referat und schloß darauf die imposante Versammlung.

bei der Beratung des Gesetzes in der Kommission und im Plenum des Reichstages als Richtlinien in den Verhandlungen betrachtet werden müssen.

Zu wünschen wäre, daß alle interessierten Kreise, besonders aber unsere Genossen und Genossinnen sich das Buch anschaffen würden, weil es in der kürzesten und klarsten Form alles zu dem schwierigen Problem Wissenswerte vermittelt. Der Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin, hat den Preis auf 10 Mk. festsetzen müssen. Für Organisationen ist es bei größerem Bezug billiger. Am besten wendet man sich in der Angelegenheit an den „Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Elisabeth Köhl.

## Umsatzsteuer und Genossenschaften.

Die Interessenvertretungen des Klein- und Großhandels arbeiten Hochdruck gegen die vom 11. Interwährungstag des Reichstages beschlossene Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer. Auch die Lübecker Handelskammer als Vertreterin des Großhandels, fehlt bei dem Sturm gegen die Genossenschaften nicht. Der Freie Auschuß deutscher Genossenschaftsverbände, der sämtliche deutschen Konsumvereine, landwirtschaftliche, gewerbliche und Kreditgenossenschaften umfaßt, schreibt zu den gegen die beabsichtigte Umsatzsteuerbefreiung der Genossenschaften erhobenen Angriffen folgendes:

Von der Umsatzsteuer sind befreit bei den Genossenschaften, die einem Revisionsverbande angehören und die der gemeinschaftlichen Verwertung von Erzeugnissen der Genossen oder dem gemeinschaftlichen Abfuß von Waren der Genossen, oder dem gemeinschaftlichen Einkauf von Waren für die Genossen, oder die Herstellung von Häusern für die Genossen dienen, derjenige Teil des Umfages, der den für die Erzeugnisse und Waren der Genossen oder den eingekauften Waren, oder den für die Herstellung der Häuser gezahlten Entgelten entspricht. Das gleiche gilt bei den in ihrer Hauptbestimmung als Zentralen der Genossenschaften wirkenden Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften, deren Gesellschafter ausschließlich oder doch überwiegend die in Absatz 1 bezeichneten Genossenschaften sind.

Der Antrag ist bei der ersten Sitzung im Steuerauschuß des Reichstages angenommen worden. Gegen den Antrag ist nach seiner Annahme im Steuerauschuß aus manchen Wirtschaftskreisen vorweg durch den Großhandel eine umfangreiche Agitation eingeleitet worden und lebhafteste Beunruhigung in weite Kreise des deutschen Wirtschaftslebens getragen worden. Vor allem die seitens des Großhandels gegen den Antrag vorgebrachten Gründe zeigen mit Deutlichkeit, daß diese Kreise nicht nur die Bedeutung des Antrages verkannt haben, sondern auch jegliches Kenntnis des Genossenschaftswesens entbehren. Die Gegnerschaft geht vor allen Dingen mit der Behauptung vor, daß in diesem



